

5. Die EU-Positionen der polnischen Parteien

Um die Wahrnehmung „Europas“ durch die polnischen Parteien zu analysieren, mussten mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Dafür werden hier die Europakonzeptionen der einzelnen Parteien in ihrer chronologischen Gesamtentwicklung dargestellt. Dabei werden die Parlamentswahlen in Polen 1997 und 2001 hervorgehoben, anlässlich derer die Parteien ihre Programme klar und deutlich formuliert, verändert und dargestellt haben. Diese Parlamentswahlen in Polen fielen zudem mit den wichtigsten Wendepunkten in den Verhandlungen zwischen der EU und Polen zusammen¹⁹⁷ und haben die Europadebatte intensiviert: 1994 trat das Europa-Abkommen in Kraft, und Polen stellte den Antrag auf EU-Mitgliedschaft, 1997 begannen die Beitrittsverhandlungen und 2000 erfolgten die Beschlüsse von Nizza zur Aufnahme neuer Mitglieder bis Ende 2002. Im Zuge des Beitritts kam es dann auch zu den Debatten über die künftige Verfassung Europas und der Rolle Polens innerhalb der EU.

Die Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU-Integration werden auf Grundlage von verschiedenen empirischen Materialien dargestellt. Das zur Verfügung stehende Material (Texte, Reden, Programme und sonstige Äußerungen) wurde parteipolitisch eingeordnet und in einer Kombination aus inhaltlichem Stellenwert und chronologischem Ablauf deskriptiv und in Teilen diskursiv bearbeitet. Die vorliegenden Kapitel konzentrieren sich auf die parteilichen Aktivitäten und Äußerungen bekannter Politiker zum EU-Beitritt und umfassen den Zeitraum von Anfang an 1989 bis zum Beitritts-Referendum im Juni 2003. Sie berücksichtigen die europapolitischen Stellungnahmen der polnischen Parteien und skizzieren die Chronologie der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Polen. Dabei werden als Primärquellen auch politische Reden und Parteiprogramme ausgewertet, die bei Wahlkämpfen von Bedeutung waren. Zum anderen werden Reden und Ansprachen, die im Parlament von führenden Politikern gehalten wurden, hinzugezogen. Sie wurden durch eine Vielzahl von Aufsätzen und Analysen, die dem EU-Beitritt und der EU-Politik Polens gewidmet sind, ergänzt.

Dem Autor ist bewusst, dass auf Grund der Unvollständigkeit und Ungleichheit der Dokumente keine vollständige Analyse möglich ist, sondern lediglich Tendenzen aufgezeigt werden können. Niedermayer¹⁹⁸ weist darauf hin, dass Literatur- und Dokumentenanalyse einerseits „die Polarisierung von Parteiensystemen über längere historische Zeiträume hinweg“ ermöglicht, jedoch andererseits „Validitäts- und Realitätsprobleme“ auftreten können. In dieser Hinsicht werden die Parteidokumente und Wahlprogramme, die die offizielle Position der politischen Parteien wiedergeben, durch Vergleich mit den Aussagen aus anderen Quellen (u.a. wissenschaftliche Aufsätze, Analysen und Zeitungsberichte) relativiert bzw. in einem anderen Licht erscheinen.

Aus diesen unterschiedlichen Dokumenten und Quellen werden die wichtigsten programmatischen und propagandistischen Stellungnahmen analysiert sowie die argumentativen Schritte herausgefiltert. Die dargestellte komplexe Widerspiegelung des Verhältnisses einer gegebenen Partei zur Integration

¹⁹⁷ Siehe Anhang C1: *Polens Weg in die Europäische Union. Chronik.*

Polens in die EU, die aus dem Material hervorgeht, wird danach in den bereits herausgearbeiteten drei *cleavage*-Dimensionen erfasst und anschließend der Zusammenhang zwischen EU-Positionen der Parteien und Konfliktlinien empirisch analysiert.

5.1. Wahlaktion *Solidarität* : Akcja Wyborcza *Solidarność* - AWS

Das Wahlbündnis AWS wurde am 8. Juni 1996 auf Initiative der Gewerkschaft *Solidarność* und ihres Vorsitzenden Marian Krzaklewski von rund 40 programmatisch heterogenen, politischen Parteien, Vereinigungen und Gewerkschaften, von gemäßigt Konservativen bis hin zu Nationalisten, gegründet. Außer dem stärksten Mitglied, der Gewerkschaft *Solidarność*, zählten zu dem Bündnis unter anderem die Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum, PC), die Christlich-Nationale Vereinigung (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe, ZChN), die Polnische Christlich-Demokratische Allianz (Porozumienie Polskich Chrześcijańskich Demokratów, PPChD), die Konservative Volkspartei (Stronictwo Konserwatywno-Ludowe, SKL) und der Parteilose Block zur Unterstützung der Reformen (Bezpartyjny Blok Wspierania Reform, BBWR).

Der Zusammenschluss zur AWS beendete die Krise der Rechtsparteien, die aufgrund ihrer Zersplitterung 1993 nicht mehr in den Sejm eingezogen waren. Die Wahlen von 1997 brachten für die Koalition einen spektakulären Sieg (33,8 Prozent der Stimmen) und gemeinsam mit der UW wurde die Regierung gebildet. Die Gründung der AWS ermöglichte es der Rechten, an die Macht zu gelangen. Die Ausübung der Macht war jedoch sehr erschwert, einerseits dadurch, dass sie mit einem ideologisch "fremden" Koalitionär geteilt werden musste (der UW) und vor allem durch die inneren Differenzen in der Koalition, was im Ergebnis zum Koalitionsbruch und zu einer vernichtenden Niederlage der Rechten bei den nächsten Wahlen führte.¹⁹⁹

Die AWS war im Kern ein Zweckbündnis aus mehreren Gruppierungen mit höchst unterschiedlichen Ideen, Werten, Programmen und Interessen, was die Ausarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen, auch mit Blick auf die Integration, erschwerte. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, neben dem Programm der AWS aus dem Jahr 1997 auch die Einstellung zur Integration der Parteien zu erläutern, die die vier grundsätzlichen Strömungen der AWS repräsentieren. Diese Vorgehensweise ermöglicht nicht nur eine tiefgreifende Analyse der polnischen Rechtsparteien, sondern auch eine vollständige Widerspiegelung der politischen Szene vor 1997.

¹⁹⁸ Hier zitiert aus Podner 2000:7.

¹⁹⁹ Die heterogene Zusammensetzung der AWS führte immer wieder zu Abspaltungen und Konflikten in Partei und Fraktion. Die deutliche Niederlage des AWS-Vorsitzenden Marian Krzaklewski in den Präsidentschaftswahlen 2000 und Meinungsunterschiede über die Strategie für den Wahlkampf zu den Parlamentswahlen 2001 führten zum Zusammenbruch der bisherigen Struktur. Die geplante Umbildung des Wahlbündnisses in eine einheitliche Partei war damit fehlgeschlagen. Die SKL verließ die AWS und schloss sich der neuen Bürgerplattform (PO) an. Ebenso entzog die *Solidarność* unter Marian Krzaklewski der AWS die Unterstützung. Obwohl formal noch bis zur Parlamentsauflösung im Sommer 2001 eine AWS-Fraktion im Sejm bestand, traten die ehemaligen AWS-Politiker in zwei konkurrierenden Gruppierungen zu den Wahlen 2001 an.

Als Folge diverser Umstrukturierungen gliederten sich innerhalb der AWS schließlich vier dominierende Strömungen heraus:

1. die gewerkschaftliche Strömung (NSZZ *Solidarność*, RS AWS)²⁰⁰,
2. die christlich-nationale Strömung (ZChN),
3. die christlich-demokratische Strömung (PPChD),
4. die konservativ-liberale Strömung (SKL).

5.1.1. AWS

Das Programm der AWS aus dem Jahr 1997 beinhaltet einen gesonderten Abschnitt über die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der EU. Es wird die Förderung eines "Europa(s) freier Nationen als Europa der Vaterländer" deklariert. In der Wirklichkeit bedeutete dies das Eintreten für ein Europa mit dem Vorbehalt der Notwendigkeit der Einbehaltung einer nationalen, genauer ausgedrückt einer religiösen, katholischen Identität.

*Auf diese Art und Weise, unter Beibehalten unsere eigenen Identität, werden wir die europäische Gemeinschaft - basierend auf den christlichen Wurzeln unserer Zivilisation - mitgestalten.*²⁰¹

Die Aussagen der Programmvertreter der AWS weisen auf eine gewisse Distanz bei der Betrachtung Europas hin, das sie als etwas im Sinne der Idee von einem christlichen Europa betrachten. Nicht nur zwischen den Zeilen liest man einen missionarischen Ton: Polen soll der EU beitreten, um mitzuhelfen, den Weg zu den christlichen Wurzeln wiederzufinden (Kucharczyk 1999: 221). Das Gefühl der Distanzierung gegenüber der bestehenden EU wird dadurch verstärkt, dass im Programm der AWS eine möglichst baldige NATO-Mitgliedschaft gefordert wird, man allerdings über das Tempo der EU-Integration nichts sagt. In dem etwas später veröffentlichten „Plan für Polen im 21. Jahrhundert“ wird ebenfalls die Integration in die EU nicht erwähnt, der NATO-Beitritt hingegen berücksichtigt.

In der Fernsehdebatte vor den Wahlen 1997 benutzte der Vertreter der AWS, Bronislaw Komorowski, bezüglich der europäischen Integration den Ausdruck „Herausforderungen und Gefahren“ und betonte die Notwendigkeit einer Politik, die die nationale Identität Polens sichere (Kucharczyk 1999: 221). Offen ließ er aber, welcher Instrumente sich eine solche Politik bedienen solle und ob sie auch wirtschaftliche Belange miteinschleße. Das Programm der AWS ist eine Aneinanderreihung von

²⁰⁰ An dieser Stelle soll auf eine Besonderheit des polnischen, politischen Systems aufmerksam gemacht werden: Die aktive Rolle der Gewerkschaftseliten (NSZZ *Solidarność*, sowie OPZZ *Odrodzenie*) im politischen und wirtschaftlichen System stört die Identität beider Systeme, und macht aus den Gewerkschaften eine Organisation, die gleichzeitig „Arbeitswelt“ sowie politischen Parteien repräsentiert. Mehr darüber siehe: Pańków 1993.

²⁰¹ AWS-Wahlprogramm 1997: 8.

liberalen, konservativen und auch radikalen Einstellungen gegenüber Europa. Klar wird dies, wenn man die Positionen der Führungsparteien, die der AWS angehören, vergleicht.

5.1.2. Gewerkschaftliche Strömung - NSZZ *Solidarność*, RS AWS

Die polnische Gewerkschaft *Solidarność* setzt die Hoffnung darauf, dass der Beitritt Polens zur EU mit wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Fortschritt und dauerhafter Steigerung des Lebensniveaus verknüpft sei. Deshalb förderte sie den Vorbereitungsprozess auf die Mitgliedschaft in der EU und nahm dafür die Hilfe der Europäischen Konföderation der Gewerkschaften in Anspruch.²⁰²

Die Verhandlungsthemen mit der EU, die die Gewerkschaft als Schlüsselthemen betrachtete, bezogen sich u.a. auf die Zukunft der polnischen Landwirtschaft und des Bergbaus, die Anpassung an die sozialen Standards, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Recht auf Freizügigkeit für polnische Bürger innerhalb der EU.²⁰³ Die später in der Opposition stehende NSZZ *Solidarność* kritisierte die polnische Regierung wegen der Zugeständnisse während der Verhandlungen insbesondere in Bezug auf die Übergangsphase im Niederlassungsrecht und in der Beschäftigungsfreiheit für polnische Arbeitnehmer sowie im freien Bodenverkauf. Dem setzte NSZZ *Solidarność* die Forderung des völlig freien Waren- und Personenverkehrs entgegen und forderte, dass jegliche Einschränkungen in einem dieser Bereiche mit Zugeständnissen in anderen Verhandlungsfragen kompensiert werden müssten.²⁰⁴ Durch weitgehende ungünstige Zugeständnisse werde Polen zu einem Bittsteller, für den der Beitritt selbst wichtiger erscheine als die Aushandlung günstiger Bedingungen der Mitgliedschaft (Jagusiak 2002: 178ff).

Des Weiteren sprach sich die NSZZ für Marktwirtschaft, jedoch in Verbindung mit bewusster Staatsintervention zur Regulierung wirtschaftlicher Prozesse aus:

*In dieser Situation der Realisation einer totalen Privatisierung der Wirtschaft, vor allem zu Gunsten des Fremdkapitals, sollte eine vernünftige und ausgeglichene Wirtschaftspolitik des Staates gegenüber den staatlichen und privaten Unternehmen durchgesetzt werden.*²⁰⁵

NSZZ *Solidarność* hob im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt auch die christlichen Werte hervor. In der Stellungnahme des staatlichen Ausschusses ist über die Integration Folgendes zu lesen:

*Die Anwesenheit Polens in der EU kann das vereinigte Europa um die sich aus dem christlichen Erbe und der Tradition der nationalen Unabhängigkeit ergebenden nationalen und kulturellen Werte bereichern, die in Polen trotz der Versuche diese auszurotten gepflegt werden.*²⁰⁶

²⁰² *Solidarność* hat von Anfang an mit dem EKZZ (European Trade Union Confederation – ETUC) zusammen gearbeitet und hatte anfangs einen Beobachterstatus. Im Mai 1995 wurde sie zum vollberechtigten Mitglied. Mehr darüber siehe im Internet unter: http://www.solidarność.org.pl/zagranica/zagran_2.htm (12.04.2002).

²⁰³ Standpunkt der Landeskommission (Ausschuss) NSZZ *Solidarność* Nr. 177/99 über Polens Integration in die EU im Internet unter: <http://www.solidarnosc.org.pl>

²⁰⁴ Standpunkt der Landeskommission (Ausschuss) NSZZ *Solidarność* Nr. 23/2001 bezüglich Polens Verhandlungen mit der EU, in: ebenda.

²⁰⁵ In NSZZ *Solidarność*: Programm, im Internet unter: <http://www.solidarnosc.org.pl>

²⁰⁶ Standpunkt Nr. 177/99 in: ebenda.

Fortgesetzt wurde diese Denkweise durch die politische Partei Ruch Społeczny Akcji Wyborczej *Solidarność* (Gesellschaftsbewegung der AWS - RS AWS). Sie wurde im Dezember 1997 gegründet, um den Gewerkschaftern von *Solidarność* neben den gewerkschaftlichen Aktivitäten auch die politische Tätigkeit zu ermöglichen. Taktisch war dieses Vorgehen damit begründet, dass die Gewerkschaft nicht direkt gegen die Politik der von ihr gegründeten Regierung protestieren musste.

Das Programm von RS stimmte stark mit dem Programm von NSZZ *Solidarność* und AWS überein. Allerdings wird der Einfluss christlicher Prinzipien auf das gesellschaftliche Leben noch stärker betont. In dem Programm obliegt dem Staat die Aufgabe, für das Gemeinwohl der Bürger zu sorgen und sich dabei auf christliche Werte, die christliche Soziallehre und die Charta der Familienrechte des Heiligen Stuhls zu stützen. Der EU-Beitritt wird befürwortet. Dabei wird allerdings betont, dass die eigene nationale Identität respektiert werden müsse. Als eine der wichtigen Aufgaben wird die „schnelle und erfolgreiche Eingliederung Polens in eine EU, in der die nationalen Staaten ihre Werte und Identität gewahrt werden, und unsere Beteiligung an deren künftigen Gestaltung“²⁰⁷ formuliert. Die Aufrechterhaltung eines nationalen Staates, seiner Souveränität und das grundlegende Leitmotiv der christlichen Werte bildeten für RS zwei Bedingungen für den Eintritt Polens in die EU:

Wir sprechen uns für den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft gestützt auf zwei Grundlagen aus:

- *Erstens die Anerkennung der durch die Mitgliedsstaaten repräsentierten Nationen als diejenigen, die Europa konstituieren. Die Einheit in der Vielfalt – so verstehen wir die Gemeinschaft;*
- *Zweitens die Anerkennung der christlichen Zivilisation als die Grundlage der europäischen Ordnung. Wir lehnen hier die negativen Visionen eines "Europas ohne Werte" ab, die die Gefahr in sich bergen, dass der Totalitarismus wiederkehrt, wodurch Politik sich nur auf ein Interessenspiel einschränkt, in dem der Reiche und Starke siegt – unabhängig davon, ob er Recht hat oder nicht.*²⁰⁸

Wie wichtig der moralische Beitrag Polens in der EU für die Rechten ist, zeigt eine von Kucharczyk (1999: 297-332) geschilderte Parlamentsdebatte. Premierminister Buzek betont in seinem Exposé, dass die moralischen Werte den Beitrag Polens zur EU bilden, und Marian Krzaklewski bezeichnete das Christentum als die einzige dauerhafte Grundlage der Einheit. Kucharczyk bemerkte, dass eine solche Schilderung der Rolle Polens in der EU ständig als ein Vorwand zur Kritik seitens der SLD benutzt wurde. Sämtliche Erwähnungen über die Rolle des Christentums beim Aufbau der europäischen Einheit wurden von ihr aufgegriffen und im Hinblick auf die Weltlichkeit des Staates und den Pluralismus kritisiert. Diese Kritik nutzten wiederum die AWS-UW Abgeordneten, um den SLD-Abgeordneten deren politische Vergangenheit vorzuwerfen. Im Ergebnis wurde im Beschluss über die Mitgliedschaft Polens in der EU die von den RS AWS-Abgeordneten befürwortete Ergänzung, dass

²⁰⁷ AWSP-Wahlprogramm 2001: *O lepsze życie (Für ein besseres Leben)*, Warszawa 2001.

²⁰⁸ Ebenda

„die Bestrebung Polens die EU-Mitgliedschaft ist, die als „Europa der Vaterländer“ gestützt auf christliche Wurzeln und christlicher Identität verstanden wird²⁰⁹, nicht berücksichtigt.

Die Konzeption des „Europas der Vaterländer“, die von Charles de Gaulle stammte, wurde von den polnischen Rechten für ihren eigenen ideologischen Bedarf übernommen. Sie wird als Formel gegenüber der von den Linken vertretenen Konzeption eines „Europas als Vaterland“ benutzt. Die rechtsorientierte Interpretation der Konzeption des „Europas der Vaterländer“ geht in zwei Richtungen und wird in der AWS durch zwei Strömungen repräsentiert: die christlich-demokratische (PPChD) und die nationale (ZChN).

5.1.3. Christlich-nationale Strömung - Die Christlich-Nationale Vereinigung, ZChN

Die Christlich–Nationale Vereinigung (ZChN) wurde bereits in Oktober 1989 gegründet und war die erste Partei, die der Gesellschaft radikal, mitunter aggressiv, eine christlich-nationale Weltanschauung präsentierte. Sie wurde als nationalistische, konservative und „antieuropäische“ Partei bekannt. Nachdem allerdings die radikalen Kräfte die Partei verließen und sich die Partei selbst an der Regierung in Rahmen der AWS beteiligte, hat sich ihre Einstellung gegenüber Europa liberalisiert.

Die ZChN versammelt die Kräfte, die „die Sicherung der Unabhängigkeit des polnischen Staates anstreben“. Sie „schöpft aus den verschiedenen politischen Strömungen der Vergangenheit, die sich im Kampf um die Unabhängigkeit verdient gemacht haben“, heißt es in den ersten Sätzen der Ideendeklaration der ZChN.²¹⁰ Dies verdeutlicht, dass die nationale Unabhängigkeit das Hauptkriterium für die Formulierung der Parteistrategie ist. Entsprechend formuliert die ZChN auch ihre Idee hinsichtlich der Integration Europas:

Die ZChN sieht durch die Assoziierung Polens mit der EG die polnischen Interessen gefährdet, da das Europa-Abkommen die Interessen des stärkeren Partners trotz der Asymmetrie, die im Abkommen zugunsten Polens konzipiert wurde, präferiert.²¹¹

Doch nicht nur die befürchtete „Asymmetrie“ stört die Christlich-Nationale Vereinigung. Als das eigentliche Problem identifiziert sie die Einbindung Polens in das „Europa von Maastricht“.

Polen verzichtet auf eine selbständige nationale Politik, auf die Suche nach eigenen Bündnispartnern oder den Aufbau der Neutralität, auf eine selbständige Verteidigungspolitik zugunsten einer Vision der kollektiven Sicherheit, deren Verwirklichung noch sehr fraglich ist (Jurek 1992: 12).

²⁰⁹ Rede zur Eröffnung der Verhandlungen Polens über den Beitritt zur Europäischen Union. Der durch den Ministerrat-Beschluss am 24.03.1998 angenommene Text in: Studia Europejskie 1998, Nr. 2(6) und im Internet unter: <http://www.sejm.org.pl>

²¹⁰ Deklaracja ideowa Zjednoczenia Chrześcijańsko-Narodowego (Ideendeklaration der Christlich-Nationalen Vereinigung), v. 13.01.1991, 1.

²¹¹ Ebenda, 2.

Skotnicka-Illasiewicz (1995) zählt in ihren Untersuchungen über die Abgeordneten der I. Legislaturperiode die Abgeordneten von ZChN zu den ausgesprochenen Euroskeptikern. Die Äußerungen, in denen die Befürchtungen zum Ausdruck gebracht werden, bringt sie als „Befürchtung vor der Degradierung und dem Verlust der nationalen Souveränität und Identität“ auf den Punkt.

Polen muss geschützt werden vor einer Welle der Rauschgiftsucht und Ablehnung der ethischen Werte. Erst unter unserem Einfluss bemerkt Europa, dass es eigentlich keinen Umstand gibt, den es nicht herstellen würde: Antisemitismus, Ablehnung der konservativen Anschauungen, die als Freiheitsbedrohung interpretiert werden, das Problem der Abtreibung (...).²¹²

Die Machtbeteiligung²¹³ und der Übertritt der radikalsten Politiker zur PP (Polnische Allianz) und nachfolgend der LPR (Liga der Polnischen Familien) haben den Radikalismus der ZChN etwas gemildert. Und trotz ihrer prinzipiell negativen Einstellung zur EU kann man die ZChN innerhalb der politischen Szene der antieuropäischen Rechtsorientierung als eine gemäßigte Gruppierung betrachten. Im Kern beruhte die politisch korrekte Haltung Polens gegenüber Europa nicht primär auf der Befürwortung der Integration, sondern auf der Gewährleistung von Bedingungen, deren vollständige Erfüllung die Integration in eine „traurige Notwendigkeit“ umwandelt. Einer der führenden pro-europäischen Politiker von ZChN beschrieb diese Haltung so:

Die europäische Integration kann weder angehalten noch vermieden werden. Es ist dabei nicht wichtig, ob ich dem mit Reue oder Hoffnung entgegenschau. Ich stelle bloß fest, wie es ist (Goryszewski 1998).

Ähnlich äußerte sich ein anderer Führer der ZChN, Ryszard Czarnecki:

Der Beitritt zur EU bedeutet für uns Zugang zu deren Absatzmärkten, zu Technologien, die für die Wirtschaftsentwicklung unentbehrlich sind, zu großen Finanzmitteln in Form der Strukturfonds. Wir können es uns nicht leisten, uns von der EU abzuwenden.²¹⁴

Für die ZChN, die einer Regierung angehörte, deren strategisches Ziel die Integration in die EU war, war es die pragmatischste Lösung, in der EU nur den „gemeinsamen Markt (...), ein rein technisches Gebilde, das es ermöglicht, gewisse Probleme zu lösen“ (Kamiński 1998), zu sehen. Die Regierung der AWS konnte jedoch - was ein parlamentarisches Paradoxon ist – für diese Politik eher auf die Unterstützung durch die Opposition setzen als auf die Unterstützung aus den eigenen Reihen. Die Akzeptanzpotenziale für die Regierungshaltung bzw. die Unterstützung der Regierungspolitik durch die Koalitionäre der AWS spiegelten die Differenzen zwischen den Abgeordneten der AWS SKL (79,2 Prozent) und den Abgeordneten der AWS ZChN (44,4 Prozent) wider. In der SLD-Fraktion akzeptierten 69 Prozent und in der PSL-Fraktion 38 Prozent die offizielle Stellungnahme der

²¹² Aussage eines ZChN Abgeordneten der I. Legislaturperiode in: Skotnickiej-Illasiewicz 1995: 95.

²¹³ Koordinator beim Europäischen Integrationskomitee im Ministerrang wurde Ryszard Czarnecki von der ZChN. Seine Nominierung war ein Versuch, sich die Befürwortung der Gruppierungen, in denen die Befürchtung gegen die Integration stark war, zu sichern. Andererseits war die Nominierung eine Garantie für eine außenpolitische Balance gegenüber Bronisław Geremek (UW).

²¹⁴ Aussage von Ryszard Czarnecki, in: „Nasz Dziennik“, v. 27-28.03.1998.

Regierung, laut der Polen so schnell wie möglich der EU beitreten solle und weitere Reformen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden sollten (Skotnicka-Illasiewicz 2001: 97).

Bei den Wahlen im Jahre 2001 erlitt die ZChN eine vernichtende Niederlage. Nach den Wahlen fand sie sich in der außerparlamentarischen Opposition wieder und ein überwiegender Teil ihrer Mitglieder wechselte zu PP, kleinere Teile zu LPR, PiS und PO. In offiziellen Programmbeschlüssen hält Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe die eindeutige Stellung der Befürwortung des Beitritts Polens in die EU aufrecht. In Anbetracht der kompromissbereiten Politik der polnischen Regierung gegenüber der EU bringt jedoch die Partei auch ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Die Lage Polens bei den EU-Verhandlungen beschreibt der Kropiwnicki aus der ZChN bildhaft:

*Polen ist wie eine Jungfrau, die sich dem Junggesellen noch vor der Ehe hingegeben hat und die er dann nicht heiraten will. Und wenn er über die Ehe spricht, will er im Ehevertrag alles für sich vorbehalten.*²¹⁵

5.1.4. Christlich-demokratische Strömung - Polnische Christlich-Demokratische Allianz, PPChD

Die Polnische Christlich-Demokratische Allianz (Porozumienie Polskich Chrześcijańskich Demokratów) entstand im September 1999 als Verbindung von Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum, PC), Partei der Christlichen Demokraten (Partia Chrześcijańskich Demokratów, PChD) und Bewegung für Polen (Ruch dla Rzeczypospolitej, RdR).

Die christlich-demokratische Allianz betonte, dass die Gründer der Europäischen Gemeinschaft Katholiken waren und die christlich-demokratische Strömung auf der politischen Szene Europas verkörperten. Die Vertreter der PPChD suchten enge Kontakte zu anderen europäischen Parteien. Gemeinsam mit ihnen wollten sie die politische Szene Europas – und damit die EU – gestalten. Die christlich-demokratische Strömung war wesentlich weniger radikal als die nationalen Gruppierungen. Von den gewerkschaftlichen Strömungen unterscheidet sie, dass sie Negativ-Aussagen „missionarischer“ Art in Bezug auf Europa ablehnt, denn die Idee, aus der „neuen Evangelisierung“ ein politisches Programm zu bilden, würde sie als potenziellen Partner der europäischen Rechtsparteien disqualifizieren. Inzwischen repräsentiert die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die PPChD. Daher wird die Einstellung der Christlichen-Demokraten zur EU im dem entsprechenden Kapitel analysiert.

²¹⁵ Aussage des Ministers Jerzey Kropiwnicki, in: Wawak 2001: 22.

5.1.5. Konservativ-liberale Strömung - Konservative Volkspartei, SKL

Die Konservative Volkspartei (Stronictwo Konserwatywno-Ludowe, SKL) entstand im Januar 1997, als eine Verbindung aus Konservativer Partei (Partia Konserwatywna, PK), Christlicher Volkspartei (Stronictwo Ludowo-Chrześcijańskie, SLCh) und einer Gruppe der Freiheitsunion (UW) mit Jan Rokita an der Spitze. Die Konservative Volkspartei ist ein Beispiel für eine moderne Rechtspartei, die versucht, ihre konservativen und christlich-demokratischen Strömungen unter einem Dach zu vereinigen. Die Konservative Partei²¹⁶, in der die SKL ihre wichtigsten Wurzeln hat, unterstützte von Anfang an die Integration Polens in Europa, da "sie mit den langfristigen Interessen der Polen übereinstimmt". Die PK meint, dass:

*(...) die Reduzierung der Zollschränken, die Schaffung von Bedingungen für einen breiten ökonomischen und kulturellen Austausch im Rahmen einer freien Marktwirtschaft, die Offenheit und Kontakte Polens mit der Welt, mit den natürlichen Aspirationen der Polen identisch sind.*²¹⁷

Diese Einstellung wird von der Überzeugung getragen, dass es notwendig ist, bestimmte zivilisatorische Veränderungen und Anpassungen im Bereich der Rechtsnormen, die die Konkurrenzfähigkeit Polens im Vergleich zu entwickelten Ländern erhöhen würden, vorzunehmen:

*Die Integration in die EU sollte vor allem den Zugang zu den europäischen Märkten erleichtern sowie die westlichen Partner zu einem höheren Engagement zugunsten Polens als eines Elementes des neuen europäischen Systems bewegen.*²¹⁸

Außer den aktuellen Aspekten der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Polens mit den europäischen Institutionen betonen die Politiker der Konservativen Partei das Problem der polnischen Souveränität und Identität innerhalb der europäischen Integration.

*Es sind reale Fragen: (..) Wird die Gemeinschaft zum Element eines fruchtbaren kulturellen Austausches, der den Nationen eine Chance zu ihrer Entwicklung geben wird oder zum Element einer künstlichen Unifizierung? Das sind offene Fragen, und es ist nicht verwunderlich, dass auch Polen, das vor kurzem seine Souveränität wiedererlangt hat, sich diese Fragen stellt.*²¹⁹

Die PK geht davon aus, dass es für Polen keine Alternative zur Integration in die EU gibt. Sie ist der Meinung, das Wesen der europäischen Integration biete reale Chancen, um ein „Europa der Vaterländer“, das die nationalen Identitäten achtet, aufzubauen. Am Aufbau dieses Europas müsse aber Polen beteiligt sein. Ferner könne Polen nicht zulassen, dass der Prozess der Integration Europas neben ihm oder gegen ihn durchgeführt wird. Um eigene Vorstellungen einbringen zu

²¹⁶ Sie entstand aus mehreren konservativen Gruppen, die sich am 6. Dezember 1992 zu einer Partei formierten. Die wichtigste Gruppierung, die die Konservative Partei mitbegründete, war der aus der UD ausgeschiedene Teil der Fraktion der Demokratischen Rechten (FPD) unter Führung von Aleksander Hall, der auch Vorsitzender der neu entstandenen Partei wurde.

²¹⁷ Programm der Konservativen Partei, in: Partia Konserwatywna. Dokumenty, Warszawa 1993, 27-68.

²¹⁸ Ebenda, 36.

²¹⁹ Aleksander Hall während der Parlamentsdebatte über die Ratifizierung des Europa-Abkommens, in: Protokolle der 15. Sitzung des Sejm, v. 21.05.1992.

können, müsse Polen Teil dieses Prozesses werden. Der beste Weg, um dieses Ziel zu erreichen, ist nach Meinung der PK die Assoziierung und enge Zusammenarbeit mit der EG bzw. der Europäischen Union.

Die Konservative Volkspartei (SKL) übernahm im ganzen diese Denkweise der PK. Für die SKL bedeutet die Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiterhin: „eine große Chance, wir betrachten sie aber als ein Mittel zum Ziel. Das Ziel ist das Nachholen von Zivilisationsrückständen und die Sicherung von Nationalinteressen.“²²⁰ Der Abgeordnete Stanisław Kalęmba präsentierte in der Parlamentsdebatte über die Verhandlungspositionen Polens die Stellung der Parlamentsfraktion der SKL:

*Die Änderung der Verhandlungsstrategie und eine gewisse Nachgiebigkeit gegenüber der Argumentation der EU können zur Folge haben, dass Polen zum Mitglied zweiter Klasse wird. In diese Richtung gehen wir leider. Ich vertrete den Standpunkt, dass eine solche Mitgliedschaft nicht akzeptiert werden kann. Die Verhandlungen müssen die Interessen Polens und der polnischen Bürger berücksichtigen, es gibt Chancen dafür. Gebraucht wird eine gewisse Härte in den Verhandlungen.*²²¹

Die Konservativen im Rahmen der AWS bildeten nicht nur die ideologische Konkurrenz für die christlich-demokratischen Parteien und die Volksparteien, sondern auch ein wirksames Gegengewicht zu deren radikalen Bestrebungen. Unter anderem führten Meinungsunterschiede über die Wahlkampf-Strategie zu den Parlamentswahlen 2001 zum Zusammenbruch der bisherigen Struktur der AWS. Die SKL verließ das Bündnis und schloss sich teilweise der Bürgerplattform (PO) an.

Die Beibehaltung einer einheitlichen Stellung der AWS zur Frage der europäischen Integration war für die Politiker dieser Gruppierung eine ernsthafte Herausforderung. Das Programm der AWS bestimmte als Hauptziel der Integration die Mitbeteiligung an der Schaffung eines einheitlichen Kontinents, gestützt auf die „christlichen Wurzeln unserer Zivilisation“. Diese Formulierung war so allgemein, dass sich mit ihr sowohl ausgesprochene Befürworter der Integration innerhalb der SKL wie auch Skeptiker aus den Reihen der ZChN, oder der KPN²²² verbundene Politiker (allesamt entschiedene und radikale Antieuropäer) identifizieren konnten.

Die offene Formulierung, die sich bei der Gründung der Koalition als wirksam erwiesen hat, bereitete allerdings Probleme, wenn es um konkrete politische Entscheidungen ging. Mit anderen Worten war die Programmübereinstimmung, die darauf beruhte, die Integration mit der EU als das oberste Ziel Polens anzuerkennen, nicht ausreichend, um bestimmte Aktivitäten auf diesem Gebiet gewährleisten zu können. Mit dem Verlassen der Regierungskoalition durch die UW im Jahre 2000 begann der Zerfall der AWS. Besiegelt wurde der Niedergang durch die Wahlniederlage 2001. Aus den „Trümmern“ der AWS entstanden schließlich Gruppierungen wie die LPR, PO und PiS, die gegenwärtig auf der politischen Szene anwesend sind.

²²⁰ SKL-Programm im Internet unter: <http://www.sk1.org.pl>

²²¹ Parlamentsdebatte über die Regierungsposition im Gespräch mit der EU, in: Protokolle der 6. Sitzung des Sejm, v. 29.11.2001.

5.2. Wahlaktion Solidarität der Rechten: Akcja Wyborcza *Solidarność* Prawicy - AWSP

Nach heftigen Konflikten über den Kurs der Wahlaktion und der Niederlage des AWS Vorsitzenden Krzaklewski bei der Präsidentschaftswahl 2000 zerfiel die AWS. Der christdemokratisch-konservative Kern der alten AWS um die Christlich-Nationalen (ZChN), Christdemokraten (PPChD) und die Gesellschaftsbewegung Solidarität (RS-AWS) bildeten daraufhin die neue AWSP. Noch vor dem Wahlbeginn 2001 wurde die Partei, um die Zersplitterung im rechten Lager zu überwinden, von Ministerpräsident Buzek gegründet. Mit 5,6 Prozent scheiterte sie aber bei der Wahl an der 8 Prozent-Sperrklausel für Wahlallianzen. Korruption, Nepotismus und schiere Inkompetenz haben der Regierung der Wahlaktion *Solidarność* jede Glaubwürdigkeit geraubt. 1997 war sie angetreten, um mit ehrlicher Politik den linken Morast der SLD-Regierung auszutrocknen, vier Jahre danach war das Vertrauen der Polen in die Politik auf dem Tiefpunkt angelangt. Das politische Programm der AWSP unterschied sich nicht vom Programm der AWS, das bereits detailliert in Differenzierung auf alle vier dominierenden Strömungen beschrieben wurde.

5.3. Recht und Gerechtigkeit: Prawo i Sprawiedliwość - PiS

Die Bewegung Recht und Gerechtigkeit wurde im Laufe des Frühjahrs 2001 durch den von Regierungschef Buzek demissionierten Justizminister Lech Kaczyński (PC) und dessen Bruder Jarosław Kaczyński initiiert²²³. In seiner Amtszeit als Justizminister profilierte sich Lech Kaczyński mit einer harten *law-and-order*-Politik, was ihn laut Meinungsumfragen zum mit Abstand beliebtesten Minister in der ansonsten wenig populären Regierungsmannschaft von Premier Buzek machte. Die neugegründete PiS schnellte in den Umfragen sofort auf Werte zwischen 5 und 10 Prozent hoch. Bei den Wahlen 2001 erhielt sie 9,5 Prozent der Stimmen.

Die Brüder Kaczyński²²⁴ stammen ursprünglich aus der *Solidarność*-Opposition, die mit Lech Wałęsa eng verbunden war. Jarosław Kaczyński war Gründer der Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum, PC) einer im Mai 1990 infolge eines „Kampfes an der Spitze“ entstandenen Gruppierung (siehe Kapitel II-1.). Nach der Umgestaltung der PC in eine einheitliche Partei im Jahre 1991 platzierte sie sich in der Zentralrechtsposition und war bestrebt, eine moderne christlich-demokratische Partei (ähnlich wie die CDU in Deutschland) zu werden. Priorität in der Außenpolitik der PC war Anfang der 90er Jahre der Beitritt zu europäischen Strukturen durch möglichst schnelle Mitgliedschaft in EU und NATO. Dies wurde als Alternative zu einem Abhängigkeitsverhältnis von Russland angesehen: „Nur

²²² Wurden bei dieser Analyse ausgeschlossen, weil die KPN die AWS bereits in Juli 1997 verlassen hat.

²²³ Lech Kaczyński ist der Parteivorsitzende, Jarosław Kaczyński ist Vorsitzender der Geschäftsführung und des Abgeordnetenklubs der PiS.

²²⁴ Siehe auch: Gnauck 2002.

im Rahmen der europäischen Integration kann Polen seine nationalen, sowohl politischen wie auch wirtschaftlichen, Interessen realisieren.“ (Paszkiwicz 2000: 75).

Nach den Wahlen im Jahre 1993 befand sich die PC in der außerparlamentarischen Opposition, die sie nur dank Beitritt zur rechtsorientierten AWS verlassen konnte. Innerhalb der AWS gründete sie ab 1997 die christlich-demokratische Strömung. Persönliche Unstimmigkeiten und der Rücktritt von Lech Kaczyński vom Amt des Justizministers hatten zur Folge, dass eine gemeinsame Gruppierung mit den Politikern vom Rechtsbündnis (Porozumienie Prawicy, PP) entstand. Das Rechtsbündnis wurde im Rahmen der AWS von den Politikern aus der SKL (Wiesław Walendziak, Mirosław Styczeń) und der ZChN (Marian Piłka, Stefan Niesiołowski, Michał Kamiński), die ihre Mutterparteien verließen sowie der radikal-antikommunistischen Republikanischen Liga (Mariusz Kamiński) gebildet. All diese Politiker sind entschlossene Gegner des Beitritts Polens zur EU, die schon oft ihre Befürchtungen um die Zukunft Polens als Nationalstaat mit ausgeprägter christlicher Identität, und um die territoriale und wirtschaftliche Souveränität Polens zum Ausdruck gebracht haben. Beispielhaft wird nachfolgend der auf diesem Gebiet aktivste Abgeordnete der ZChN, Michał Kamiński, zitiert. Laut Stenogramm der Sejm-Sitzung wurde sein Beitrag mit Beifall aufgenommen:

*Wir sind nicht für ein Europa der Abtreibung, für einen Kontinent der Legalisierung von Deviationen. Für eine solche Vision der Integration werden wir uns nie aussprechen können.*²²⁵

Seine Befürwortung hinsichtlich der Integration hat Kamiński ebenfalls deutlich gemacht:

*Ich glaube an die Kraft des polnischen Volkes und ich glaube, dass es das Problem, das heute europäische Integration heißt, bewältigen kann.*²²⁶

Marek Jurek widersprach während des Parteitags von PiS im Januar 2003 noch entschiedener der Integration :

Das, was heute am ehrlichsten erscheint, was die polnische christliche Meinung Europa über seinen Zustand und seine politischen Tendenzen sagen kann, das ist unser im Referendum ausgesprochenes NEIN (Jurek 2003: 131).

Trotz dieser einzelnen Stimmen des Widerspruchs sind weder das Rechtsbündnis noch die PiS offiziell gegen die EU-Integration. Allerdings unterstreichen sie, dass für sie die EU-Integration ein lockeres Bündnis souveräner nationaler Staaten ist. Im Programm der PiS ist zu lesen, dass eine der fünf wichtigsten Fragen der rechtsorientierten Politik folgende sei:

*Durchsetzung polnischer Interessen im Prozess der Integration in die EU, die wir als ein starkes Bündnis solidarischer nationaler Staaten, die ihren Wohlstand und ihre Unabhängigkeit stärken, sehen möchten. Unser Verhältnis zur Integration in die EU ist offen und gleichzeitig sachlich. Wir sehen, welche Chancen politische Einigkeit und gemeinsamer Markt für die europäischen Nationen bieten. Wir sehen auch die Gefahren, die aus Versuchen resultieren, die europäische Integration für die Destruktion nationaler Staaten zu nutzen und diesen eine antichristliche Gesetzgebung aufzuzwingen.*²²⁷

²²⁵ Zitiert nach Kucharczyk 1999: 316.

²²⁶ Ebenda, 317.

²²⁷ PiS-Programm im Internet unter: http://www.prawicapolska.pl/pp/18/pp18_03a.shtml (07.05.2002)

Als Fundament der Außenpolitik wird die Mitgliedschaft in der NATO und in dieser „das möglichst enge Bündnis mit den USA“ angesehen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union soll auf der Basis einer „entschiedenen Verteidigung unserer Interessen“ und unter Aufrechterhaltung eines „starken, unitären Staates“ erfolgen.

*Unser Beitritt zur EU bereitet uns heutzutage gewaltige Probleme. Dieses Ziel erscheint, unter allen Unternehmungen, die wir auf internationaler Ebene zu realisieren haben, am wichtigsten und gleichzeitig am umstrittensten. (...) Polnische Außenpolitik, die bisher stark auf die Verhandlungen mit der EU konzentriert war, sollte mit mehr Energie und Konsequenz auf anderen Gebieten tätig werden und insbesondere dafür sorgen, dass Polen eine besondere Position in Mitteleuropa und dadurch eine starke Position im ganzen Europa erreicht.*²²⁸

Die Brüder Kaczyński versuchten das zu erreichen, was der AWS nicht gelungen war – die Vereinigung von konservativen, christlich-demokratischen Rechtsparteien inklusive der radikal-nationalistischen Fraktionen. Aufgrund der höchst unterschiedlichen ideologischen Ansätze ist diese Partei schwer zu fassen: Am rechten Spektrum versammelt sie Politiker, die durchaus dem nationalen, euroskeptischen Lager zuzuordnen sind. Auf der anderen Seite befand sich die PiS während der Referendumsdebatte als Partei insgesamt auf der pro-europäischen Seite.

Die PiS hat das am 22. August 2002 von AWSP, SLD, UW und PO unterzeichnete Integrationsabkommen (Pakt na Rzecz Integracji) nicht unterschrieben. Der Parteivorsitzende Lech Kaczyński begründete dies in einem Interview²²⁹ mit seiner Haltung zur Konzeption Europas und der Ablehnung des „Beitritts um jeden Preis“. In seinen Augen sei Polen dadurch ein „Land zweiter Kategorie“ geworden. Als er gefragt wurde, ob sich die PiS für den Beitritt Polens zur EU ausspreche, antwortete er:

*Das ist eine Frage aus dem Bereich "großer Moskauer Prozesse". Schon Herr Prof. Kotarbinski lehrte mich, dass man nicht jede Frage mit ja oder nein beantworten kann. In erster Linie meinen wir, dass diese Entscheidung von einer best informierten Gesellschaft getroffen werden sollte.*²³⁰

Trotz fehlender Klarheit in dieser Antwort (wie auch in vielen anderen Aussagen) entschloß sich die PiS auf dem Parteitag im Jahre 2003 zu einen Appell, sich am Referendum zu beteiligen und die Mitgliedschaft Polens in der EU zu befürworten:

*Die Entscheidung über die Mitgliedschaft Polens in der EU treffen wir angesichts der Sicherheit des Landes und der Stärkung unserer Position auf internationaler Ebene. Wir vertreten den Standpunkt, dass die grundsätzlichen Voraussetzungen in Bezug auf die nationale Sicherheit Polens dafür sprechen, dass von uns das Risiko eingegangen wird, uns mit den unzufriedenstellenden Bedingungen der Integration auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene auseinander zusetzen.*²³¹

²²⁸ PiS-Wahlprogramm 2001, Warszawa August 2001, im Internet unter: www.pis.org.pl

²²⁹: In: *Nastawienie na twardość (Harte Einstellung)*, in: *Unia i Polska* v.17.09.2001, 12.

²³⁰ Aufzeichnung des Gespräches im Internet unter: <http://www.pis.org.pl/aktualnosci/prasa/kaczyński-1-08.htm>, (2001.09.04).

²³¹ Text des Beschlusses Nr. (V) 2003 PiS-Gründungskongress, im Internet unter: <http://www.pis.org.pl> und in: *Międzyrządowym Przeglądzie Politycznym*, Nr. 1/2003, 109-114, hier 10.

Diese Zustimmung wird allerdings durch zwei Bedingungen eingeschränkt:

*In erster Linie fordern wir den Respekt für die christlichen Wurzeln westlicher Zivilisation und die geistig-moralische Dimension der europäischen Einheit (...). Polens Dabei sein in der Europäischen Union soll polnische Interessen fördern und nicht auf die passive Teilhabe an Strukturen reduziert sein.*²³²

Genau diese Kritikpunkte wurden auch genannt, als es um die Politik der Regierung Miller ging und ihr eine „nachgiebige Anpassungspolitik“ vorgeworfen wurde: „Die egoistische sozial-wirtschaftliche Politik der SLD-Regierung führt zu einer tiefen wirtschaftlichen Krise“ ist im PiS-Beschluss zu lesen. Allerdings legt die PiS kein kohärentes Wirtschaftsprogramm vor. Im Wahlprogramm 2001 lassen sich marktwirtschaftliche Lösungen zur Wiederbelebung der polnischen Wirtschaft erkennen. Unter anderem gibt es Vorschläge zur Liberalisierung des Arbeitsrechts oder zu einer Reform des Bankensektors und des öffentlichen Finanzwesens. Dennoch lautet das Credo der PiS:

*Der erste notwendige Schritt ist der Aufbau einer starken Führung, die zur Tätigkeit in der Wirtschaftssphäre befähigt wird. Um solch ein Führungszentrum zu berufen, müssen wir die Verfassung und die anderen Rechtsakte ändern.*²³³

Dass ihre Auffassung bezüglich der Integration in die EU realistisch gewesen sei, betonte die PiS noch einmal nach dem Scheitern der Vereinbarungen bezüglich der gemeinsamen europäischen Verfassung im Herbst 2003. Der PiS-Parteivorsitzende Lech Kaczyński sagte im polnischen Fernsehen, das „Durchdrücken“ des Verfassungsentwurfs sei der „Versuch eines Staatsstreiches“ in der EU gewesen. Ziel sei es gewesen, Polen zu einem "halbkolonialen Status" zu verurteilen. Härte zu zeigen, so sagt er, sei auch in Zukunft der einzig gangbare Weg für Polen in der EU²³⁴.

Am deutlichsten brachte der PiS-Abgeordnete Kazimierz Ujazdowski während der Sejmdebatte über die europäische Politik die Haltung seiner Partei zum Ausdruck: „Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir sind keine Euronegativisten, wir sind Eurorealisten.“²³⁵ Damit zählt Prawo i Sprawiedliwość, neben PSL und AWS, zu den Parteien, die sich einerseits für den Beitritt zur EU aussprachen, andererseits aber auch Einwände formulieren und den Beitritt Polens mit zahlreichen Bedingungen verknüpften.

²³² Ebenda 112.

²³³ PiS-Wahlprogramm 2001, 19. Siehe auch Interview mit den Brüdern Kaczyński: *Nowy przemysł (Neue Industrie)*, im Internet unter: <http://www.pis.org.pl/german/nowyprzemysl.htm>

²³⁴ In: *Beifall für den Erfolg Müllers*, Text: M.L./ Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 15.12.2003, Nr. 291, 6.

²³⁵ Parlamentsdebatte über Polens Verhandlungen mit der EU, in: Protokolle der 37. Sitzung des Sejm, v. 05.12.2002.

5.4. Bürgerplattform: Platforma Obywatelska - PO

Andrzej Olechowski, der überraschend starke Zweitplatzierte bei den Präsidentschaftswahlen 2000, etablierte im Januar 2001 zusammen mit Donald Tusk, dem Vizepräsidenten der Freiheitsunion (UW) und Maciej Płażyński, dem von der AWS kommenden Parlamentspräsidenten, die Bürgerplattform. Zu diesem Triumvirat stieß auch der mächtige Warschauer Bürgermeister Paweł Piskorski (vormals UW), der auch den Wahlkampf der Plattform organisierte. Die neu gegründete Gruppierung fand rasch Zuspruch. In den Umfragen rangiert sie in der Regel an zweiter Stelle.

Der PO ist es gelungen, vor allem enttäuschte Anhänger des Regierungslagers (also von der AWS und dem Ex-Koalitionspartner UW), für die die SLD inakzeptabel ist, sowie Teile der Unentschlossenen und der potentiellen Nichtwähler auf ihre Seite zu bringen. Mit Blick auf ihre Basis wurde der dynamische Aufstieg der Plattform als „Rebellion der Mittelklasse“ bezeichnet. Für den Urnengang am 23. September 2001 hat sich die PO mit der extrem-liberalen und ultra-konservativen Union für Realpolitik (UPR) sowie der gemäßigten SKL (die die AWS verlassen hat) verbündet. Tonangebend in diesem Wahlbündnis war aber eindeutig die PO bzw. deren Führung.

Während die PO bemüht war, sich als unideologische catch-all-Partei der politischen Mitte zu präsentieren, kann die Gruppierung sowohl mit Blick auf ihr Selbstverständnis, als auch aufgrund ihrer programmatischen Ziele als liberal-konservative Partei qualifiziert werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber auch ein manifester, gegen das bisherige politische Establishment (zu dem paradoxerweise alle Führungsfiguren der PO selbst gehörten) gerichteter Anti-Parteien-Reflex, den die PO artikulierte. Im einzelnen forderte man u.a. die Einführung einer linearen Einkommensteuer, die Deregulierung des Arbeitsrechts sowie die Entschlackung des Staatsapparats. Was die Außenpolitik anbelangt, gibt sich die Plattform pro-europäisch. Die positive Einstellung zur Integration Polens in die EU belegt bereits die Herkunft der Gründer, die alle aus grundsätzlich pro-europäischen Gruppierungen stammen:

- Andrzej Olechowski, Professor der Warsaw School of Economics, war Mitbegründer von Ruch Stulecia (Bewegung der 100, April 1995), einer rechtsorientierten Partei, die die Traditionspflege mit der Aufgeschlossenheit für die Welt und die dort sich vollziehenden Umwandlungen verbindet und entschlossen den Beitritt Polens zur EU befürwortet. Im Juni 1997 trat Olechowski als Parteivorsitzender zurück. Er wollte damit gegen die ablehnende Haltung von Ruch Stulecia bezüglich des SKL-Vorschlags, eine starke, gemäßigte Gruppierung im organisatorischen Rahmen der AWS zu gründen, protestieren.
- Maciej Płażyński stammt aus der AWS, genauer aus deren christlich-demokratischer Gruppierung (Chrześcijańska Demokracja III Rzeczypospolitej, ChD III.RP). Diese war eng mit den Anhängern von Lech Wałęsa verbunden. In ihrem Programm fordert sie „die Beteiligung Polens am Integrationsprozess mit der EU, gestaltet als „Europa der Vaterländer“ unter Beibehaltung der Identität und nationalen Besonderheit als dessen Bestandteile“ (Paszkievicz 2000: 19). Bei den letzten Parlamentswahlen schnitt Płażyński als erfolgreichster Politiker der rechtskonservativen Wahlaktion *Solidarność* (AWS) ab und galt lange Zeit als dessen Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im

Herbst 2003. Er konnte sich jedoch letztlich nicht gegen den Parteivorsitzenden Marian Krzaklewski durchsetzen.

- Donald Tusk stammt vom der KLD (Liberal-demokratische Kongress), der eine pro-europäische Orientierung generell als im Einklang mit der modernen polnischen Staatsräson definiert, weil diese als Aufgeschlossenheit und Anpassung an die europäischen Strukturen verstanden wurde. Nach einem misslungenen Versuch, Balcerowicz als Vorsitzenden der Partei zu ersetzen, verließ Tusk die UW mit einer Gruppe von Liberalen. Er war nicht damit einverstanden, dass der traditionalistische Parteiflügel (unter Bronisław Geremek) die Führung übernommen hatte.

Die inhaltlichen Stichworte für die PO lauten: Wirtschaftsliberalismus und Anti-Parteien-Populismus. Die Bürgerplattform kommt dem Bild einer modernen, nicht-kirchennahen, pro-europäischen Mitte-Rechtsformation („laizistische Rechte“) nahe. In den Parlamentswahlen 2001 erzielte die PO mit 65 Abgeordneten ein respektables Ergebnis, so dass sie im 2001 gewählten Sejm zur einzigen pro-europäisch-reformorientierten Oppositionsfraktion werden konnte.

In der ideologischen Deklaration der PO ist zu lesen:

Platforma Obywatelska entstand auch aus unseren gemeinsamen Träumen von einem vereinigten Europa. Die Beteiligung Polens am Prozess des Aufbaus der EU betrachten wir als ein Postulat, das sich aus gründlicher Vertrautheit mit dem polnischen Nationalinteresse in der gegenwärtigen Welt und unserer Staatsräson ergibt. Diese Beteiligung bietet uns neue Möglichkeiten, unseren Staat zu modernisieren, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern und auch die nationale Identität, sowie die Mitverantwortlichkeit für das Schicksal Europas zu vertiefen.²³⁶

Wie wichtig für die PO der Beitritt Polens zur EU war, zeigt sich unter anderem darin, dass sie bereit war, auf diesem Gebiet mit den ehemaligen Kommunisten (SLD) zusammenzuarbeiten. Damit unterschied sie sich grundlegend von vielen anderen rechtsorientierten Parteien. Der Warschauer Bürgermeister Paweł Piskorski sagte:

Wir bleiben in der Opposition, aber wenn es ums Budget, um Steuersenkungen, den EU-Beitritt und Bildungsfragen geht, haben wir keine Hemmungen, die SLD zu unterstützen.²³⁷

Die Bürgerplattform initiierte auch das Integrationsabkommen (Pakt na rzecz integracji), das am 22. August 2002 von der AWS, SLD und UW unterschrieben wurde. Die an diesem Abkommen beteiligten politischen Parteien, „die sich der Verantwortlichkeit für den Erfolg der historischen Chance der Beendigung des Erweiterungsprozesses bewusst sind“, haben eine Erklärung über den Beitritt Polens zu EU abgegeben.

Der Beitritt Polens ist eine große historische Chance für Polen. Dank der EU-Mitgliedschaft kann unser Land endlich das erfolglose Kapitel seiner Geschichte abschließen und eine neue, sichere Ära beginnen.²³⁸

²³⁶ Die Ideologische Deklaration der PO, im Internet unter: <http://www.platforma.org.pl>

²³⁷ Paweł Piskorski zit. in: Walknowski 2001: 10.

²³⁸ Text des Integrationsabkommens, in: Studia Europejskie Uniwersytetu Warszawskiego Nr. 4 (24)2002.

Die pro-europäische Einstellung der Bürgerplattform blieb auch erhalten, als sich die Partei in der Endphase der Verhandlungen mit der EU für eine harte Verhandlungsführung aussprach. In einem Beschluss bezüglich der EU-Verfassung und der Vorbereitungen Polens auf die Mitgliedschaft forderte die Bürgerplattform:

*(...) die verschlechterte Position Polens im Europarat nicht zu genehmigen. Die Stellung Polens sollte von den im Jahre 2000 in Nizza angenommenen Richtlinien bestimmt sein. In der Angelegenheit fordern wir die polnische Regierung auf, dazu eine harte Stellung zu beziehen, einschließlich des Einspruchs, falls unsere Zielsetzung durch die intergouvernementale Konferenz nicht angenommen wird.*²³⁹

Aus dieser Gruppierung stammt ebenfalls Jan Rokita²⁴⁰, der im September 2003 die plakative Feststellung „Nizza oder Tod“ benutzte. Mit dieser Formel forderte er die Regierung unter Ministerpräsident Leszek Miller auf, bei der Debatte über die europäische Verfassung nicht die im Vertrag von Nizza im Jahre 2000 festgelegten Positionen zu opfern.²⁴¹ Die Regierung Miller hat das Prinzip Rokitas weitgehend übernommen – und sich dadurch in eine außenpolitisch schwierige Lage gebracht. Im Endergebnis ist es der Opposition gelungen, den Regierungschef durch pausenloses insistieren auf die Nizza-Kriterien in eine Falle zu locken und letztlich die Genugtuung zu haben, den Ministerpräsidenten stürzen zu sehen. Beobachter wie der Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Unia & Polska“, Marek Sarjusz-Wolski, sagte im Gespräch:

*der Ministerpräsident habe allzu rasch und allzu leichtfertig die Parole «Nizza oder Tod» übernommen, (...) und die Gelegenheit verpasst, den Bürgern klar zu machen, dass es in der Verfassungsdebatte der kommenden Monate ohne Kompromisse nicht gehen werde und Warschau keinesfalls in der Lage sein werde, die jetzt formulierten Maximalpositionen durchzusetzen.*²⁴²

Die Vorstellung, dass der Beitritt Polens zur EU von harten Verhandlungen und günstigen Zusagen abhängt, war – im Gegensatz zur PSL - im Falle der PO eher mit innerparteilichen Macht- und Positionskämpfen begründet. Die positive Grundeinstellung zur EU blieb davon unverändert. Vielmehr sprach die PO von einer „in der letzten Dekade im intellektuellen Leben“ charakteristischen „Richtigkeit im anderweitigen Sinne“, die mit Blick auf die Integration in die EU der Annahme folgt, dass jeder Ausdruck der Befürwortung der Integration mit einer Klausel über die „Beachtung der nationalen Identität“ versehen werden sollte (Domosławski 1998).

Den Willen und Glauben an die Integration Polens in die Strukturen der EU betonte der Abgeordnetenklub der PO während seiner Zusammenkunft am 18. Mai 2003 in Kraków:

²³⁹ Uchwała Nr 8/8/2003 Rady Krajowej Platformy Obywatelskiej v. 06.09. 2003 (Beschluss der Landesvertretung der PO) im Internet unter: <http://www.platforma.org.pl>

²⁴⁰ Jan Maria Rokita, ehemaliger Vorsitzender der konservativen Partei SKL und zur Zeit einer der Anführer der liberalen Bürgerplattform (PO), wurde zum populärsten polnischen Politiker durch seine Teilnahme an der Kommission zur Aufklärung der Affäre um den Filmemacher Rywin.

²⁴¹ In: *Eine Verfassung für Europa. Überhitzte polnische Debatte über die EU*, in: Neue Zürcher Zeitung, v. 30.09.2003

²⁴² Marek Sarjusz-Wolski im Gespräch, in: *Unia & Polska*, v. 12.12. 2003, im Internet unter: <http://www.unia.polska.pl>

*Diese Urkunde betrachten wir als die Vollstreckung des Testaments der polnischen Aufständischen, Legionäre, AK-Soldaten und der Solidarności-Leute, als Beendigung eines Jahrhunderte lang anhaltenden Prozesses, der Polen zur Einheit mit den christlichen Nationen von Westeuropa führte.*²⁴³

5.5. Freiheitsunion: Unia Wolności - UW

Die Freiheitsunion ging am 23 April 1994 aus einem Zusammenschluss von Demokratischer Union (Unia Demokratyczna - UD) und Liberal-Demokratischem Kongress (Kongres Liberalno-Demokratyczny - KLD) hervor. Die Entscheidung für die Gründung dieser neuen politischen Gruppierung wurde mit der Notwendigkeit begründet, alle Kräfte mit ähnlicher politischer Zielsetzung zu bündeln, um „fähig zu werden, der Gefahr entgegenzuwirken, dass die seit fünf Jahren durch die Anstrengung der ganzen Gesellschaft einzuführenden Reformen zunichte gemacht werden.“²⁴⁴ Der unmittelbare Anlass für den Zusammenschluss waren jedoch die durch das Post-*Solidarność*-Lager verlorenen Parlamentswahlen im Jahr 1993 und der Wahlsieg der postkommunistische Linken. In den Wahlen 1997 erreichte die UW 13,4 Prozent der Stimmen, ging eine Koalition mit der AWS ein und bildete die Regierung mit Premierminister Buzek. Die Koalition war permanent von inneren Krisen geschüttelt. Es zeigte sich, dass die Koalitionspartner Schwierigkeit hatten (und diese Schwierigkeiten nie überwinden), eine gemeinsame Position, unter anderem in der Frage der EU-Integration, zu entwickeln. Endgültig verließ die UW im Juni 2000 die Regierungskoalition. Anfang 2001 wurde sie massiv durch den Übertritt eines Teils ihrer Mitglieder zur PO geschwächt, die ihren eigenen Platz auf der politischen Szene Polens einnahm. Im Wahlkampf 2001 gelang es der UW nicht, sich in der politischen Mitte als pro-europäische, reformorientierte Alternative zur Linken zu profilieren. Im Parlament ist sie nicht mehr vertreten.

Der UW gehören eine Reihe bekannter Intellektueller und Bürgerrechtler aus dem *Solidarność*-Milieu an. Ihre führenden Vertreter (Leszek Balcerowicz, Tadeusz Mazowiecki, Hanna Suchocka, Jacek Kuron) bildeten das personelle Rückgrat für die aus der *Solidarność*-Bewegung hervorgegangene Reformpolitik nach 1989. Das inhaltliche Profil der UW lässt sich mit folgenden Stichworten umschreiben: Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen, liberale Wirtschaftsordnung, Schutz des Privateigentums, Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen, Trennung von Kirche und Staat und europäische Integration.

Die Freiheitsunion könnte sich theoretisch gegenüber der SLD als die noch Europa-enthusiastischste politische Gruppierung profilieren. Allerdings ist ihr Programm nicht durch pro-europäische Rhetorik geprägt, sondern ist von Anfang an mit den Anweisungen der EU-Kommission kompatibel. Bereits ihre „Wurzel-Parteien“ - die UD und der KLD - waren die konsequentesten

²⁴³ *Zobowiązanie Krakowskie (Karauer Verpflichtung)* im Internet unter: <http://www.platforma.org.pl>

²⁴⁴ Die Programmklärung der UW, April 1994, im Internet unter: <http://www.uw.org.pl>

Anhänger der Einbindung Polens in die westeuropäische Integration. Sie erachteten die Integration in EU und NATO als historische Chance und einzig richtige Lösung für Polen:

*Heute erhielten wir von der Vorsehung eine historische Chance auf Unabhängigkeit, eine Chance zur Erlangung von Bedingungen für ein sicheres nationales Sein. Das erste Mal seit 300 Jahren. Und daraus resultiert die Priorität der Politik der europäischen Integration.*²⁴⁵

Für beide Parteien sind Zusammenarbeit und Integration die Antwort auf die Sicherheitsprobleme Polens.

*Der Platz Polens in der internationalen Gemeinschaft hängt in erster Linie von der inneren demokratischen Ordnung, der Ökonomie und Stabilität ab. (...) Es gibt gegenwärtig keine einfache Formel der Sicherheit für Polen, die uns einen unseren Aspirationen entsprechenden Platz in der internationalen Gemeinschaft garantieren würde. Die Antwort auf die heutigen Bedrohungen, Herausforderungen und Chancen sollte eine dynamische Politik der Entwicklung des Landes und eine aktive Teilnahme am Aufbau des vielseitigen Systems internationaler Verbindungen sein.*²⁴⁶

Und im Programm des KLD heißt es:

*Der Schlüssel der modernen Definition des nationalen Interesses liegt nicht - wie in der Vergangenheit - in heimlich geschlossenen Allianzen, sondern in breit verstandener Zusammenarbeit zwischen den Nationen, so wie sie in den Römischen Verträgen definiert wird, in denen die westeuropäischen Demokratien über die Grundsteinlegung für eine immer engere Union zwischen den Völkern entschieden.*²⁴⁷

Beide Parteien sehen in der Assoziierung und der Mitgliedschaft in der EU die beste Form der Realisierung der nationalen Sicherheit und die beste Voraussetzung für eine Entwicklung Polens. Diese werden als Priorität der polnischen Außenpolitik angesehen. In den Diskussionen im Sejm befürworteten beide Parteien ganz entschieden die Mitgliedschaft Polens in der Nordatlantischen Allianz.²⁴⁸

In seinem ersten Exposé bestimmte Mazowiecki – der Vorsitzende der UD und der erste nicht-kommunistische Premierminister Polens – die Richtung und Ziele der polnischen Außenpolitik:

*Polen möchte an der Gestaltung eines neuen Europas mitwirken und die nach dem Krieg entstandenen Teilungen der Welt überwinden können. (...) Wir wollen alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit nutzen um uns an den bestehenden europäischen Organisationen beteiligen zu können.*²⁴⁹

²⁴⁵ Andrzej Wielowieyski im Namen des Parlamentsklubs der UD in: Protokolle der 43. Sitzung des Sejm, v. 30.04.1993.

²⁴⁶ UD-Wahlprogramm 1993: *Stabilizacja i Rozwój (Stabilisierung und Entwicklung)*, 34.

²⁴⁷ Der Programmabschluss des Liberal-Demokratischen Kongresses von der KLD Landeskonferenz, 24-25.10.1992, 8.

²⁴⁸ Vgl. Debatten über die polnische Außenpolitik im Sejm während der 14. Sitzung des Sejm am 8.05.1992 und der 43. Sitzung am 30.04.1993 sowie die Debatten über die Europa-Abkommen während der 15. und 19. Sitzung des Sejm v. 21.05.1992 und v. 03.07.1992.

²⁴⁹ In: Protokolle der 6. Sitzung des Sejm, v. 23.08.1989.

Das waren historische Worte zu einem historischen Zeitpunkt. Breiter erörterte Mazowiecki seine Gedanken zur allgemeuropäischen Integration während der nächsten Parlamentssitzung am 18. Januar 1990. Gegenüber der Sowjetunion versprach Mazowiecki - aus leicht zu erklärenden Gründen – „Loyalität und Einhaltung von Verpflichtungen und Abkommen (...)“, indem er seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass es „normale Beziehungen der Staaten und deren Regierungen sein werden, die sich nach dem Wohl der Nationen und der Staatsraison richten.“²⁵⁰ Andererseits ließ er keine Zweifel daran, welche Richtung die polnische Politik einschlagen wolle. Dabei stützte er sich auf die von Außenminister Skubiszewski vorgelegte Konzeption, die unmissverständlich eine West-Orientierung beschrieb und das vereinte Deutschland als Partner definierte (Pasierb 1996: 65-90).

Skotnicka-Illasiewicz (1995: 9) zählte die Politiker von der UD und der KLD zu den entschlossenen Euro-Enthusiasten, die die Integration befürworteten. Unter anderem haben dies die Abgeordneten durch Formulierungen über die Mut und Risikobereitschaft und ihre Visionen zum Ausdruck gebracht. Diese Äußerungen sind von Engagement und Aktivität gekennzeichnet. Die Integration wird als Herausforderung verstanden, die zwar nicht ohne Risiko sei, letztlich aber die einmalige Chance biete, die durch den Kalten Krieg bedingten Versäumnisse gegenüber Westeuropa nachzuholen:

Wenn es unsere Politiker endlich begreifen (...), dass die Integration am wichtigsten ist – dann wird das unter Berücksichtigung unserer Mobilisierungs- und Lebenskraft der Gesellschaft (...) ein Erfolg sein. Verpassen die Politiker die Zeit, bedeutet das eine Katastrophe²⁵¹

Durch ihre eindeutige Stellung und aktive Rolle im Integrationsprozess, besonders am Anfang der 90er Jahre, werden (bis heute) die Politiker von UD und KLD mit der Idee der Integration in die EU in Richtung der Transformation der Staatsform identifiziert. Pejorativ heißt es über diese Politiker, „deren Hauptstadt sei in Brüssel“. Man bezeichnete sie als „die vom Westen bezauberten Euroenthusiasten“ und machte ihnen den Vorwurf, sie hätten aktiv dazu beigetragen, „dass Polen dem fremden Kapital ausgeliefert worden sei“ (Skotnicka-Illasiewicz 1995: 101).

Es fällt auf, dass die Parteien in der Diskussion um die Integration härter durch ehemalige Koalitionäre als durch ideologische Gegner wie SLD oder PSL angegriffen wurden. Die Postkommunisten haben ihnen u.a. Unfähigkeit während der Verhandlungen und naive „Hoffnungen auf Ermäßigungstarif für Polen“ aufgrund historischer Verdienste (SLD), sowie fehlende Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit während der Verhandlungen (PSL) vorgeworfen: „Unsere Verhandlungsführer konnten nicht, waren nicht imstande für uns günstige Bedingungen auszuhandeln.“²⁵²

Und die Vertreter von *Solidarność* machten gar den Vorwurf des Verrates am Volk:

²⁵⁰ In: Protokolle der 18. Sitzung des Sejm, v. 19.01.1990.

²⁵¹ Anonyme Aussage eines UD-Abgeordneten des Sejm, in: Skotnicka-Illasiewicz 1995: 87.

²⁵² Anonyme Aussage eines SLD-Abgeordneten, in: ebenda, 102.

*(...) ich bin Befürworter der Integration, jedoch nicht um den Preis, dass Polen niederknien soll. Die Regierung zeigt Nachgiebigkeit gegenüber dem Ausland, sogar Bestechlichkeit (...), und gegenüber ihrer eigenen Gesellschaft zeigt sie Frechheit.*²⁵³

Parlamentarier, die die Gruppierungen der Regierungskoalition repräsentieren, sahen die meisten Hindernisse auf dem Weg zur Integration (viel häufiger als die anderen Gruppierungen) in den objektiven inneren und äusseren Voraussetzungen. In ihren Aussagen weisen die Abgeordneten auf die Notwendigkeit hin, mentale Barrieren, die auf beiden Seiten existieren, zu überwinden. Die meisten Argumente beziehen sich jedoch auf wirtschaftliche, die Modernisierung insgesamt betreffende Defizite, die nicht durch Verträge beseitigt werden können, sondern eine enorme Kraftanstrengung der ganzen Gesellschaft bedürfen:

*(...) indem wir über die Einbeziehung in die Organisationsstrukturen der Europäischen Gemeinschaft sprechen, denken wir an gewisse Standards, die uns vorgegeben werden, wie wir andere behandeln werden und wie die anderen uns behandeln werden. Aber dieses Niveau der Integration erreichen wir ausschließlich durch den Marsch in der Mitte.*²⁵⁴

In seinen Ausführungen im Sejm betonte Außenminister Bronisław Geremek die Prioritäten der polnischen Außenpolitik:

*An der ersten Stelle sehen wir die Einbeziehung Polens in das Integrationssystem der EU. (...). Unsere Vorgehensweise wird sich auf schnelle Beseitigung der in den EU-Berichten aufgeführten Hindernisse für die Integration Polens mit der EU und die Beschleunigung des Anpassungsprozesses konzentrieren.*²⁵⁵

Auch in der Opposition haben sich die Politiker von Unia Wolności nach wie vor eindeutig für die bereits eingeschlagene Richtung der Integration in die EU ausgesprochen. Unter den Politikern der Abgeordnetenklubs des Parlaments der II. Legislaturperiode haben sie sich einstimmig (98,0 Prozent) für die Annahme des durch die damalige SLD-PSL-Regierung²⁵⁶ vorgestellten „Fahrplans“ ausgesprochen. Fast alle (mit Ausnahme einer Person) haben sich für die Weiterverfolgung der Integrationbemühungen ausgesprochen (Skotnicka-Illasiewicz 1998: 93).

In den Wahlen 1997 hat die UW eine eindeutig positive Einstellung zur Integration bezogen. Ihr Programm konzentrierte sich intensiv auf Fragen der technischen Vorbereitungen auf die Verhandlungen und auf strukturelle Voraussetzungen für eine effektive Mitgliedschaft in EU. Die NATO- Mitgliedschaft und die Annäherung Polens an die EU werden im Programm der UW als „zwei gleichrangige Ziele der Außenpolitik bezeichnet, deren Umsetzung Polen sowohl größere Sicherheit

²⁵³ Anonyme Aussage eines *Solidarność*-Abgeordneten, in: ebenda, 103.

²⁵⁴ Anonyme Aussage eines KLD-Abgeordneten, in: ebenda, 88.

²⁵⁵ Zitat aus *Gazeta Wyborcza* v. 10.05.2000, Nr.108/3409.

²⁵⁶ Nur die Hälfte der SLD Abgeordneten wählte diese Konzeption (53,8 Prozent), 36, 5 Prozent waren für die Verlangsamung des Integrationsprozesses. Die Werte für die PSL waren folgende: 34,7 Prozent für die jetzige Strategie, 55,1 Prozent für Verlangsamung, in: Skotnicka-Illasiewicz 1998.

als auch schnellere Entwicklung gewährleisten sollte.²⁵⁷ Die internen Reformen betrachtet man als notwendige Voraussetzung, um die außenpolitischen Ziele realisieren zu können:

*Nur eine Fortsetzung der Reformen schaffe für Polen, einem 40-Millionen-Staat, souverän, im Herzen Europas gelegen und seine Kraft aus jahrhundertlanger Tradition der Beziehungen mit christlichem und demokratischem Europa schöpfenden Land, auch nach dem Beitritt zur EU, die Möglichkeit sämtliche Vorteile in Anspruch zu nehmen.*²⁵⁸

Die Fernsehkampagne der Freiheitsunion konzentrierte sich darauf, dass die Wähler dieser Partei per se pro-europäisch orientiert sind. In den TV-Spots unterstrich die UW, dass die Regierung von Tadeusz Mazowiecki als erste den Weg Polens in Richtung NATO und EU gelenkt habe (Kucharczyk 1999:224). Mit ihren Argumenten wendete sich die UW an diejenigen, die von der Richtigkeit der EU-Integration überzeugt sind. Letztlich gehe es nur darum, das Wann zu bestimmen, nicht aber das Ob. Leszek Balcerowicz stellte fest:

*Der Ausnahmezustand dieser Zeit beruht darauf, dass - wenn Polen der EU mit einer gut funktionierenden Wirtschaft beitreten wird - uns die Integration zusätzliche Impulse für die Entwicklung schaffen wird. Geht alles weiter voran, so wie es jetzt der Fall ist, stehen wir vor der Wahl: Entweder verzögern wir die Verhandlungen mit der EU oder treten als ein schwaches, verspätetes Land bei, und werden jahrelang Mitglied zweiter Kategorie.*²⁵⁹

Die hier präsentierte Denkweise unterscheidet die Freiheitsunion von allen anderen Gruppierungen, die die Schnelligkeit der Integration von der Möglichkeit der Aushandlung von günstigen Bedingungen der Mitgliedschaft abhängig machen.

5.6. Die Polnische Bauernpartei: Polskie Stronnictwo Ludowe - PSL

Die PSL versteht sich als Erbin der hundertjährigen Geschichte der traditionell starken polnischen Agrarbewegung. Trotz der Zersplitterung des bäuerlichen Parteienspektrums erhebt sie den Anspruch, Vertreter der ganzen Bauernbewegung zu sein. Die Grundlage ihrer Ideologie bilden die Grundlinien des Agrarismus und des Neoagrarismus, Prinzipien des christlichen Humanismus und der christlichen Ethik. Ein wichtiges Element in der Programmatik der PSL ist die Soziallehre der Katholischen Kirche, gerade weil auf dem Land religiöse Werte Bestand haben. Die Entwicklung zur christlichen Volkspartei war allerdings lange Gegenstand eines innerparteilichen Disputs (Lange 1994: 78-92).

Aus der Kritik der Verabsolutierung der Rolle des Staates einerseits und des freien Marktes andererseits befürwortet die PSL einen „dritten Weg“, den der regulierten Marktwirtschaft. Die PSL geht von der Einheit der politischen, ökonomischen und sozialen Demokratie aus. Die Ideologie der

²⁵⁷ UW-Wahlprogramm 1997: *Odpowiedzialność za Polskę (Verantwortung für Polen)*, 7.

²⁵⁸ Ebenda, 8.

PSL erkennt Elemente der "Doktrin der Sozialdemokratie und des demokratischen Sozialismus" an.²⁶⁰ Programmatisch vertritt die PSL eine Kombination interventionistischer und kollektivistischer Vorstellungen, die den besonderen Stellenwert der Bauern in der Gesellschaft sichern sollten (Lang 1994: 89). In den ersten Worten des Programms heißt es:²⁶¹

Das wichtigste Ziel der Tätigkeit der Polnischen Bauernpartei ist die Festigung der Unabhängigkeit, Souveränität und Kraft des polnischen Staates sowie die Schaffung von Wohlstand für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft.

Die PSL misst der internationalen Position Polens große Bedeutung bei. Als wichtigste Herausforderung für Polen definiert sie das "Erreichen des zivilisatorischen Niveaus der entwickelten europäischen Länder"²⁶². Die Prioritäten der polnischen Außenpolitik werden wie folgt definiert:

- 1. Stufenweise Eingliederung in die europäischen und nordatlantischen Kooperations- und Integrationsstrukturen auf der Basis der Gleichberechtigung,*
- 2. Allseitige und für beide Seiten günstige Zusammenarbeit mit allen Nachbarn,*
- 3. Festigung der regionalen Bindungen, besonders im Rahmen der "Visegrader Gruppe" und des Rates der Ostseestaaten."²⁶³*

Auf dem Weg zur wirtschaftlichen und politischen Integration Europas betont die PSL die Notwendigkeit des Gleichgewichts zwischen den Kompetenzen der Organe der Gemeinschaft und ihren Mitgliedern mit dem Ziel der Wahrung der grundlegenden staatlichen und nationalen Souveränität (Europa der Vaterländer)²⁶⁴ sowie die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung auch für die schwächeren und zurückgebliebenen Mitgliedstaaten.

In den Aussagen der PSL spiegelt sich oft die Uneinigkeit innerhalb der Partei in bestimmten Fragen wider. So heißt es z.B. in einem Dokument vom III. Kongress der PSL:

Viele Missverständnisse resultieren aus dem Mangel an genügenden, gründlichen Informationen über die Folgen der Assoziierung und der weiteren Arbeit mit der EWG. Die Mitgliedschaft in der EWG ist eine Frage der Zukunft. Vieles kann sich ändern. Den jetzigen Beschluss über die Assoziierung mit der EWG betrachten wir als einen ersten Schritt, der nichts entscheidet."²⁶⁵

Einige Kapitel weiter heißt es dann aber:

²⁵⁹ In: *Trzeba zmienić kierowcę (Man muss den Fahrer wechseln)*, in: *Gazeta Wyborcza*, v. 17.09.1997, 17.

²⁶⁰ Vgl. Deklaracja ideowa Polskiego Stronnictwa Ludowego (Ideendeklaration der Polnischen Bauernpartei) v. 29.06. 1991, in: *Polskie Stronnictwo Ludowe. Żywią, Bronią, Gospodarują. Dokumenty Programowe, (PSL: Ernähren, Schützen, Wirtschaften, Programmdokumentation)*, Warszawa 1993, 3-11.

²⁶¹ *Program polityczny i społeczno-gospodarczy Polskiego Stronnictwa Ludowego (Das politische und sozial-ökonomische Programm der Polnischen Bauernpartei)*, in: ebenda, 12-34, hier 12.

²⁶² Ebenda, 19.

²⁶³ Ebenda, 21.

²⁶⁴ Verwunderlicherweise steht an dieser Stelle im Programm der PSL, 19: "Europa Ojczyzna" (Europa als Vaterland). Dies ist aber ein Druckfehler, zu erklären durch den geringen Unterschied im Polnischen zum Begriff "Europa der Vaterländer" (Europa Ojczyzn), der nur aus einem Buchstaben besteht.

²⁶⁵ In: *Polskie Stronnictwo Ludowe wobec więzłowych problemów państwa (Die PSL über die wichtigsten Probleme des Staates)*, ebenda, 35-64, hier 60-61.

*Zur Integration Polens in die EWG ist eine baldige Herausarbeitung eines Anpassungsprogramms notwendig, das Polen den Eintritt in die EG als ein gleichberechtigtes Mitglied an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert ermöglichen würde.*²⁶⁶

Ähnlich wie die SLD betont die PSL die Notwendigkeit der Kooperation in Mitteleuropa sowie eine bessere Nutzung und Schaffung von neuen Möglichkeiten zum Handelsaustausch mit den Ländern Osteuropas. Der Zusammenbruch des Handels mit den Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion und die Vernachlässigung dieser Option durch die *Solidarność*-Regierungen zugunsten der EG wird als eine der wichtigsten Ursachen der Rezession angesehen. Typisch ist auch die Betonung der wirtschaftlichen Gefahren, die sich aus dem Prozess der Annäherung und Assoziierung Polens mit der EG ergeben. Dies ist freilich mit der Angst vor der Konkurrenz hochsubventionierter Landwirtschaftserzeugnisse der EG-Länder zu erklären. Die PSL betonte auch die Asymmetrien, die sich ihrer Meinung nach infolge der Assoziierung zugunsten der EG verschieben.

In ihren Untersuchungen über die Einstellungen der Parlamentarier des Sejm der I. Legislaturperiode zählt Skotnicka-Illasiewicz (1995) die Politiker von der PSL zu Euroskeptikern, die „eine Befürchtung vor Europa“ kennzeichnet. Die Befürchtung geht ihrer Meinung nach in drei Richtungen: in eine kulturelle, eine ökonomische und eine politische. In den Aussagen der Vertreter der PSL lässt sich vor allem die Befürchtung vor der westlichen ökonomischen Dominanz bemerken:

*Wenn die Integration auf der landwirtschaftlichen Ebene vollzogen wird, dann muss man sich die Frage stellen, was mit unseren Bauern, was mit unseren Produkten passieren wird. Sollen wir produzieren, um dann der Gnade und Ungnade ausgesetzt zu werden und zugleich die Außenpreise akzeptieren zu müssen? Man muss erstens eigene Interessen wahren (...). Wir können nicht zulassen, dass die polnische Wirtschaft und Landwirtschaft vernichtet werden, man kann sich nicht öffnen, so dass uns dann später nichts übrig bleibt.*²⁶⁷

Eine solche Meinung wird sehr häufig vom Postulat einer kontrollierten Offenheit begleitet, was für die Euroskeptiker charakteristisch ist. Sie wenden sich nicht prinzipiell gegen die Integration, sind aber skeptisch bezüglich des Integrationsprozesses. Ihre Äußerungen und Meinungen sind primär durch Befürchtungen, Misstrauen und Abwehrhaltung und nur sekundär durch die Überzeugung über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprägt:

*Aufgrund der vierzigjährigen Isolierung der polnischen Gesellschaft und zahlreicher Propagandaaktivitäten steckt in der Gesellschaft ein Widerwille gegenüber den Nachbarn, gegenüber der Integration, sie bangt um ihre Sicherheit und jegliche Offenheit wird hier verkehrt angenommen.*²⁶⁸

In weiteren Untersuchungen über das polnische Parlament (Skotnicka-Illasiewicz 1998: 87-100), die im Sommer 1996 durchgeführt wurden und die das Verhältnis der Parlamentarier der II. Legislaturperiode gegenüber der Integration (abhängig von der Parteizugehörigkeit) widerspiegeln sollten, wurden drei Einstellungen zu dem Prozess ausgegliedert: Beschleunigung, Verlangsamung

²⁶⁶ Ebenda, 63.

²⁶⁷ Anonyme Aussage eines PSL-Abgeordneten der I. Legislaturperiode, in: Skotnicka-Illasiewicz 1995: 97.

²⁶⁸ Ebenda, 97.

oder Verzicht auf die Integration. Die offizielle deklarierte und durch die Regierungskoalition SLD-PSL realisierte Strategie einer schnellen Mitgliedschaft in der EU befürwortete lediglich ein Drittel der Mitglieder der PSL. Die meisten PSL-Abgeordneten sprechen sich für die Verlangsamung der Integration aus, indem sie auf die Kosten, die in dem Prozess die Landwirtschaft zu tragen hat, hinweisen.

Eine Bestätigung dieser These bildete eine Spaltung innerhalb der Partei Ende 1996, nachdem beim V. Kongress zwei Richtungen aufeinander geprallt waren. Die erste repräsentierte Roman Jagieliński, Befürworter einer schnellen Anpassung der polnischen Landwirtschaft an den Wettbewerb mit den Ländern der EU (Gründung großer, moderner landwirtschaftlicher Betriebe). Die zweite repräsentierte Waldemar Pawlak, Befürworter einer stufenweisen Anpassung der polnischen Landwirtschaft an die Voraussetzungen der EU. Pawlaks Konzeption siegte, was nach Meinung vieler Parteimitglieder stark die späteren schwachen Ergebnisse der Parlamentswahlen beeinflusst hat.²⁶⁹ Die letzten Untersuchungen über die Abgeordneten der III. Legislaturperiode, die durch das Team von Wesołowski durchgeführt wurden, haben kein neues Bild ergeben. Im Jahre 2000 haben sich 38 Prozent der Abgeordneten (13 Prozent der Wählerschaft) dafür ausgesprochen, dass Polen schnellstens der EU beitreten solle und danach als EU-Mitglied weitere Änderungen und Reformen durchführe (Skotnicka-Illasiewicz 2002).

Jedoch erscheint die Werbekampagne der PSL aus dem Jahr 1997 überraschend für diejenigen, die diese Partei für eine antieuropäische Gruppierung halten. Die PSL stellt in ihrer Wahldeklaration eindeutig fest, dass sie „die allmähliche Einbeziehung Polens in die Kooperations-, Integrations- sowie in die europäischen und NATO-Strukturen als Priorität der polnischen Außenpolitik ansieht“ und in der Vereinigung Europas „das wirksamste Mittel für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft“ sieht.²⁷⁰ Die deklarierte Befürwortung der Integration ist aber durch gewisse Bedenken relativiert. Das „aber“ bezieht sich auf die Bedingungen für den Beitritt Polens in die EU. Während einer Fernsehkampagne der PSL antwortete der Vorsitzende dieser Partei, Kalinowski, auf die Frage eines Bauern: „Was passiert, wenn wir der EU beitreten?“

(...) dass es von den Verhandlungen abhängen wird, ob die Position unserer Bauern so wie die im Westen sein wird. Wenn in den Verhandlungen eine Vertretung der Bauern vermisst wird, dann verliert unsere Landwirtschaft, verliert Polen.²⁷¹

Im selben Sinne äußerte sich Waldemar Pawlak, indem er feststellte, dass „es für Polen keinen anderen Weg als den Beitritt zur EU gibt, aber nicht alle Voraussetzungen können sofort erfüllt werden.“ (in: Kucharczyk 1999b: 225).

Die Integration erscheint den Politikern der PSL als historische Notwendigkeit, allerdings stellen sie die Frage nach den Bedingungen. Die PSL hat sich bemüht, ihre potentiellen Wähler davon zu überzeugen, dass nur die Auswahl der Politiker dieser Gruppierung die entsprechende

²⁶⁹ Nach den Parlamentswahlen 1997, in denen die PSL nur 27 Mandate bekommen hat, wurde Pawlak aus der Funktion des Vorsitzenden entlassen und Jarosław Kalinowski trat an seine Stelle.

²⁷⁰ PSL-Wahlprogramm 1997: *Nas łączy Polska (Uns verbindet Polen)*, 2.

²⁷¹ TVP Wahlstudio v. 15.09.1997, hier zitiert nach: Kucharczyk 1999a: 225.

Verteidigung ihrer Interessen in Anbetracht der vorstehenden Verhandlungen gewährleisten werde. Die Vorstellung der PSL darüber, wie sich Polen in Sachen Integration verhalten solle, konzentriert sich auf die Entschiedenheit bzw. Beharrlichkeit während der Verhandlungen. Wenn polnische Verhandlungsführer entschieden die Interessen Polens verteidigen würden, gewönne Polen. Seien die Eurokraten aus Brüssel entschlossener, gewinne die EU. Die Politiker der PSL glauben, die Integration sei ein Nullsummen-Spiel, bei dem der Sieg einer Partei mit der Niederlage der Gegenpartei erkauft werden müsse. Die PSL-Politiker sind bereit, einen enormen Arbeitsaufwand in die Vorbereitung Polens auf die Integration zu leisten. Doch unter Arbeitsaufwand verstehen sie in erster Linie Verhandlungsbemühungen, weniger die Notwendigkeit der schweren Anpassung (Kucharczyk 1999a: 226).

Nach der Niederlage in den Wahlen von 1997 wurde die Politik der PSL der EU gegenüber zweigleisig geführt. Einerseits hat die Gruppierung alles daran gesetzt, nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, gegen die Integration zu sein. Immer wieder betonte sie, die Mitgliedschaft in der EU sei eine Notwendigkeit. Gleichzeitig aber wirkte die PSL sehr aktiv auf dem Gebiet des Aufbaus einer politischen Plattform, die sämtliche Kräfte verbinden würde, die sich gegen die von der AWS-UW-Koalition eingeschlagenen Richtung der Integrationsaktivitäten stellt. Die Berufung eines Nationalen Integrationsforums sollte zur Realisierung dieser beiden Ziele beitragen. Der Inhalt der Ansprache über die Gründung des Forums wurde gemäßigt formuliert. Unter anderem ist dort zu lesen, dass „wir alle über die Unterstützung des strategischen Zieles der Politik unseres Landes, das Integration mit der EU heißt, einig sind“. Dieses Dokument beinhaltet jedoch einige Zweideutigkeiten. Die Gründer des Forums schreiben:

Das oberste Ziel des Forums ist, für die Aktivitäten, die zum Ziel haben, für Polen die günstigsten – unter Einbehaltung der nationalen Identität – Bedingungen der Mitgliedschaft an der EU auszuhandeln, eine breite politische, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Unterstützung zu finden (in: Kucharczyk 1999b: 327).

Ziel des Forums ist also, nur für solche Aktivitäten Unterstützung zu finden, die sie für günstig halten, andernfalls könnte es sogar bestrebt sein, den ausgehandelten Vertrag völlig abzulehnen, indem es ihn für nicht „günstig“ erklärte. Die Einstellung der PSL-Politiker zur Integration konnte man während der Debatten im Sejm und im Senat beobachten. Am Anfang seiner Rede während der Debatte der Regierung über den Stand der Vorbereitungen auf die Integration mit der EU stellte der Vorsitzende der PSL, Jarosław Kalinowski, 1997 fest:

Die von Herrn Prof. Kutakowski geäußerte These, dass wir weitgehend flexibel sein sollten, um schnellstens Mitglied der EU zu sein, kann von uns nicht akzeptiert werden. Mitgliedschaft erreichen – ja, aber nicht um jeden Preis, nicht um den Preis einer weitgehenden Flexibilität.²⁷²

Seine Forderungen an die Verhandlungsführer lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Regierung soll den Bauern die Segnungen der Mitgliedschaft gewähren, ohne die damit verbundenen

²⁷² Jarosław Kalinowski während der Debatte über den Stand der Vorbereitungen auf die Integration, in: Parlamentsdebatte über Nationale Integrationsstrategie, in: Protokolle der 107. Sitzung des Sejm, v. 21.05.1997.

Nachteile (z.B. Reduzierung der Einstellung in diesem Sektor oder Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Produkte) in Kauf zu nehmen. Für die Partei war die Forderung, Polen regionale Hilfe zur Verfügung zu stellen, kein Widerspruch zu der von ihr vertretenen These, die territoriale Reform, die sich selbstverwaltende Regionen zum Ziel hatte, sei eine von Brüssel erzwungene Teilung Polens.

Eine andere wichtige Frage ist das Verhältnis zu dem in der EU geltenden freien Bodenverkehr. Vor allem dieser Bereich, der außerhalb von wirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnungen liegt, hat symbolischen Charakter: Die territoriale Integrität des Staates ist stark mit dem Gefühl der nationalen Identität verbunden - und in Polen weckt die Frage des Handels mit Grund und Boden ständig Befürchtungen im Hinblick auf die Westgebiete. Diesen „polnischen Komplex“ thematisiert auch der Beschluss des Deutschen Bundestages, in dem die Unterstützung der Forderungen des Vertriebenenverbandes zum Ausdruck gebracht wird. Der polnische Sejm kritisierte darauf den Deutschen Bundestag. Die entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang spielten auf der polnischen Seite zwei PSL-Abgeordnete, Jarosław Kalinowski und Janusz Dobrosz, die die These verkündeten, dass sich hinter diesem Beschluss der Wandel der Hauptrichtung in der deutschen Außenpolitik verberge, der darauf beruhe, die Rechte Polens auf die Westgebiete in Frage zu stellen (Bachman 1998). Die Furcht vor wirtschaftlicher Dominanz und eine Art ökonomischer Kolonisierung überschatten das Verhältnis der PSL zur EU.

Bis 2001 steht die PSL in der Opposition und kritisiert stark die polnische Regierung: sie gehe zu viele Kompromisse ein. Unter Berücksichtigung der Lage der polnischen Wirtschaft während des Integrationsprozesses und der Befürchtungen in Bezug auf eine Mitgliedschaft „zweiter Klasse“ hat man auf die Asymmetrie zu Ungunsten Polens im Verhältnis zur EU hingewiesen. Die „Nationale Integrationsstrategie“ (NSI) - ein Dokument, das die Grundlage der Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU bildet²⁷³ - missfällt der PSL, sie erhebt Einwände. Während einer Besprechung der Koalitionsführer haben die PSL-Politiker festgestellt, dass die NSI keinen allgemeinen, sondern einen fordernden Charakter haben sollte. "Der vorzeitige Beitritt Polens in die EU zu viel zu harten Bedingungen liegt nicht im Interesse Polens." (Gzackowska/Olszewski 1997: 2).

Polen, das noch nicht Mitglied der EU ist, verliert bereits in der Zusammenarbeit mit den Ländern der EU. Infolge der Anpassungsprozesse, die uns Brüssel vorgibt, geht unsere Wirtschaft zugrunde, und wir werden zu einem Gebiet neokolonialer Ausbeutung (...) Die EU in der bisherigen Form bringt den Nationen Europas nichts Gutes – eher bringt sie unersetzlichen Schäden.²⁷⁴

²⁷³ Text der *Nationalen Integrationsstrategie*, im Internet unter: <http://www2.ukie.gov.pl>

²⁷⁴ *Widziane z Grzybowski* (*Gesehen von Grzybowska*), PSL Bulletin v. 29.02.2000, 6.

Einhergehend mit der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern äußerten auch die Abgeordneten der PSL Kritik, weil sie befürchteten, dass viele unzufriedene Bauern zu Samoobrona gehen könnten, die viel lauter und demonstrativer gegen den Beitritt Polens in die EU protestierte. Obwohl die PSL weiterhin offiziell die Integration akzeptiert, wird immer häufiger auf Befürchtungen und Gefahren hingewiesen. Unter anderem wird die EU sogar bezichtigt, eigene Vorteile auf Kosten Polens maximieren zu wollen.

*Die EU sollte uns den Wohlstand bringen, und was sie uns tatsächlich bringt, ist wirtschaftliche, kulturelle, bildungsmäßige und moralische Degradierung. Die Union brauchen wir nicht. Wir müssen endlich Mut fassen und nein sagen!*²⁷⁵

Die PSL beschränkt sich nicht nur auf Kritik, sondern bemüht sich, ihr eigenes Programm der Reformen vorzubereiten und vorzustellen. In einem speziellen Dokument über die EU findet man die Richtlinien in Bezug auf die landwirtschaftlichen Reformen, Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, Entwicklung der Infrastruktur und der Bildung. „Um Mitglied der EU zu werden, muss man bereit sein zusammenzuarbeiten – stellt der Abgeordnete Ryszard Smolarek fest – das heißt kompatibel in Bezug auf das Rechtssystem, wirtschaftliche, politische und kulturelle Infrastruktur. Das allerwichtigste dabei ist, fähig zu sein, sich am Wettbewerb zu beteiligen.“²⁷⁶

Indem hier die wirtschaftlichen Aspekte hervorgehoben werden, weist die PSL auf die Notwendigkeit hin, in der Sozial- und Wirtschaftspolitik mehr Schwerpunkte auf die Investitions- und Entwicklungsorientierung als auf die Forderungs- und Verbrauchsorientierung zu legen. Damit der sich steigernde Wettbewerb „heilende“ und nicht destruktive Folgen habe, müssten grundlegende Voraussetzungen erfüllt werden, die die Chancen schaffen, dem Wettbewerb gerecht zu werden. Der destruktive Effekt der Öffnung dürfe über das Stimulierende nicht dominieren. Modernisierung, die eine technologische Lücke verringere, könne einen unentbehrlichen Effekt herbeiführen, der die Folgen der Öffnung kompensieren werde. Passiere das nicht, so warnt die PSL, „werden wir zum Opfer eines ungleichen Wettbewerbs statt Vorteile zu ziehen“.²⁷⁷

Als die Führer der SLD, PO, AWSP und UW im August 2001 „Das Abkommen über die Integration mit der EU“ unterschreiben, deklariert der Vorsitzende Jarosław Kalinowski den Beitritt zur „Einigung über Teilungen“. Endgültig hat er das Abkommen jedoch nicht unterschrieben.

Im Wahlkampf im September 2001 kritisiert die PSL die EU. Gleichzeitig unterstreicht die Partei, dass die EU „eine große Chance für Polen darstellt“. Außerdem legt sie Nachdruck darauf, dass die Unterstützung der EU für die Entwicklung der Infrastruktur genutzt werde: „Durch die gemeinsame Nutzung der internen, uns zur Verfügung stehenden Finanzmittel, mit den Mitteln aus

²⁷⁵ *Zaczyn, Kwartalnik Wsi Polskiej* (Gärstoff, Vierteljahresschrift des Polnischen Landes) Nr. 2, April-Juni 1999, 14.

²⁷⁶ *Koszty integracji (Integrationskosten)*. Ein Gespräch mit dem PSL-Abgeordneten Ryszard Smolarek, in: Tymoszuć 2001: 115.

²⁷⁷ Stanowisko VI Kongresu PSL w sprawie rozwoju wsi, rolnictwa i gospodarki żywnościowej w okresie przygotowywania się Polski do integracji z Unią Europejską (Der Standpunkt des VI. PSL-Kongresses bezüglich Landwirtschaftsentwicklung im Vorbereitungsprozess Polens zum Beitritt zur EU), in: PSL Programmdokumente, Warszawa, 21.11.1998, 64.

der EU sollte man die Modernisierung, Umstrukturierung und Förderung der Warenhaushalte und gleichzeitig die traditionellen Bindungen im Bereich des Lebensmittelhandels mit dem Osten wieder aufbauen.²⁷⁸ Im Wahlkampf war die Samoobrona kritischer und skeptischer. Im Ergebnis gewannen Politiker im Umfeld von Andrzej Lepper 53 Mandate (gegenüber 42 Mandaten für die PSL-Politiker). Es ist nicht auszuschließen, dass man, um einen Teil der Wähler zurück zu gewinnen, die Rhetorik von Lepper imitiert:

*Zuvor beobachtete PSL die Integration unseres Landes mit der EU mit Befürchtungen, aber auch mit Hoffnung. Heute gibt es keine Hoffnung mehr. Verblieben sind nur noch die Befürchtungen.*²⁷⁹

*Freiwilliger Beitritt in die EU bedeutet für 30 Prozent der Bevölkerung unveränderliche Armut, und für den Staat bedeutet das akute soziale Spannungen. Das ist Kapitulation auf eigenen Wunsch, die man nicht anders als einen Verrat nationaler Interessen nennen kann.*²⁸⁰

Man sagt uns, dass auf dem Weg zur EU Zugeständnisse und Kosten liegen sollen. Gleichzeitig erfahren wir, dass die größten Zugeständnisse unsererseits liegen und sich auf die wichtigsten, neuralgischen mit der Landwirtschaft und Bodenkauf verbundenen Fragen beziehen. Dazu sagt PSL : Nein.

Die PSL kritisiert immer stärker die Verhandlungen der Regierung, deren Mitglied sie selbst war: „Die frühere Mannschaft hat das viel besser gemacht“ (gemeint: die Mannschaft von Buzek). „PSL erwartet von der Regierung weniger Flexibilität und mehr Entschlossenheit / Beharrlichkeit.“²⁸¹ Und weiter heißt es: „Die Integration ist für uns der Selbstzweck: Wenn die Verhandlungen zu ungünstigen Lösungen führen, stehen wir an der Seite des Volkes und nicht mit der Elite.“²⁸² Kein Wunder, dass in diesem Fall die Koalition SLD-PSL trotz des sich nähernden Referendums bezüglich des Beitritts Polens in die EU auseinandergegangen ist.

Nach der Analyse der PSL-Haltung zur Integration in die EU kommt man zu keinen eindeutigen Fazit. In Anlehnung an einige polnische Publizisten (Tymoszuk 2001: 118, Kucharczyk 1999: 226, Sielski 2001: 79) kann man sie mit „ja, aber...“ bezeichnen. „Ja“ zur EU, „aber“ nur langsam und unter Einbehaltung sämtlicher Vergünstigungen. Die Stellung der PSL charakterisiert am besten die Aussage des Abgeordneten Stanisław Kalęmba:

*Die Integration mit der EU ist unsere Wahl und unsere Chance. Das grundlegende Ziel sollte die Verbesserung des Lebensstandards polnischer Familien sein, und das Mittel dazu sollte die Integration mit der EU auf partnerschaftlicher Ebene und mit guten Bedingungen sein. Wir dürfen nicht der EU schnell und schlecht beitreten. Polen muss die gesetzten Ziele realisieren und zum Mitglied werden, das vollständig die Rechte in Anspruch nehmen kann (...). Polen sollte aus dem eigenen Staatshaushalt so viel wie möglich Mittel für Modernisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft bereitstellen, damit die Landwirtschaft zum Zeitpunkt der Integration mit sämtlichen Elementen der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik eingefasst werden kann.*²⁸³

²⁷⁸ PSL-Wahlprogramm: *Czas na zmianę (Zeit für Veränderung)*, April 2001, 3.

²⁷⁹ Janusz Dobrosz, PSL-Abgeordneter, in: Tanska 2002: 24.

²⁸⁰ Bogdan Pęk, PSL-Abgeordneter, in: ebenda, 24.

²⁸¹ Zdzisław Podkański, PSL-Abgeordneter, in: ebenda, 25.

²⁸² Janusz Dobrosz, PSL-Abgeordneter während der Parlamentsdebatte über die polnische Außenpolitik, in: Protokolle der 6. Sitzung des Sejm, v. 22.11.2001.

²⁸³ *Widziane z Grzybowskięj (Gesehen von Grzybowska)*, PSL Bulletin v. 29.02.2000, 2.

Die Stellung der PSL zur Integration begleiten öffentlich sehr differenzierte Meinungen. Die Zahl der Personen, die anerkennen, dass sie die Integration befürworten, ist nur geringfügig größer als die Zahl der Personen, die das Gegenteil wollen (32 Prozent bzw. 28 Prozent). Diese Unsicherheiten in der Position der Bauernpartei hinsichtlich der Mitgliedschaft in der EU beruhen vermutlich darauf, dass deren Vertreter differenzierte, manchmal gegensätzliche Meinungen äußerten und die Deklarationen der Befürwortung häufig mit einer Kritik bestimmter Bedingungen verbunden war (Roguska 2001:124). Dementsprechend erscheint die Haltung der PSL zur Integration für die potentielle Wählerschaft dieser Partei nur unscharf: Weder befürwortet die Partei die Integration noch stellt sie sich ihr entgegen (Roguska 2001:126).

5.7. Arbeitsunion: Unia Pracy - UP

Die Arbeitsunion entstand erst im Jahre 1992 aus mehreren linksgerichteten Post-*Solidarność*-Gruppen und einzelnen Abgeordneten im Sejm. Im Mai 1993 verfügte sie über 17 Mandate (3,7 Prozent). In den Wahlen vom September 1997 errang sie einen großen Erfolg und kam auf 41 Sitze (8,91 Prozent) im Sejm. Sie kritisierte die aktuelle Regierung der PSL-SLD-Koalition "von links". In den Parlamentswahlen von 1997 blieb sie unter der 5 Prozent-Hürde und es schien, dass sie den Kampf mit der SLD um die linksorientierte Wählerschaft verloren hat. Nach der Niederlage, auch in den Kommunalwahlen 1998, kam es zum Parteivorstandwechsel. Ryszard Bugaj, der gegen die Zusammenarbeit mit der SLD war, trat zurück und seine Position nahm Marek Pol ein. Die UP hat 2000 die Deklaration über die Zusammenarbeit mit der SLD unterschrieben und nach dem Wahlerfolg 2001 mit ihr eine Regierungskoalition gebildet.

Die UP betont die Bedeutung der ökonomischen und zivilisatorischen Faktoren für die Effektivität der Außenpolitik und für die Bestimmung der Position Polens in den internationalen Beziehungen.

Es ist offensichtlich, dass die Möglichkeiten der Außenpolitik jedes Landes vor allem durch sein ökonomisches Potential und seine politische Stabilität bestimmt werden. Das bedeutet eindeutig, dass im Falle Polens die Wirtschaft ein Faktor für die Beschränkung der Möglichkeiten ist. Leider haben die letzten drei Jahre keinen Aufstieg der polnischen Wirtschaft gebracht. Das Sinken des Nationaleinkommens, technologischer Rückgang, Verringerung der sozialen Sicherheit, Krise der Bildung sind die Faktoren, die den Platz Polens auf der internationalen Arena negativ beeinflussen.²⁸⁴

Als strategisches Ziel für Polen wird die Integration mit den Europäischen Gemeinschaften angesehen. "Es gibt keine andere vernünftige Möglichkeit, wenn es um den Prozess der Annäherung

²⁸⁴ Zbigniew Bujak im Namen des Parlamentsklubs der Union der Arbeit, in: Protokolle der 43. Sitzung des Sejm, v. 30.04.1993.

und der stufenweisen Integration Polens mit den Europäischen Gemeinschaften geht.“²⁸⁵ Die Gründe dafür liegen nach Meinung der UP auf politischer, kultureller und ökonomischer Ebene:

Wenn es um die politische Ebene geht, hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft den großen Vorteil, dass sie eine große Gruppe von Ländern mit stabilisierter demokratischer Ordnung darstellt. (...) Ich glaube, dass wir das Recht und die Pflicht haben, festzustellen, dass es Länder sind, die eine riesige Toleranz im politischen und gesellschaftlichen Leben entwickelt haben. Wenn es um die ökonomische Ebene geht, müssen wir uns vor allem darüber klar werden, dass eine schrittweise Integration der Länder der EFTA und der EG stattfindet, dass ganz Westeuropa sich gegenseitig annähert und dass ein großer Schwerpunkt, ein Zentrum der Integration entsteht, das in Europa den Zugang zu neuen Technologien, zu erweiterten Märkten ermöglicht.“²⁸⁶

In der praktischen Politik fordert die sozialistisch ausgerichtete UP aber eine stärkere Berücksichtigung der polnischen Interessen,²⁸⁷ besonders der ökonomischen und einen langsameren Gang in Richtung Öffnung der Märkte für Waren aus der EU. Dagegen hält die Union der Arbeit die möglichst schnelle Ratifizierung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte und die Anpassung der anderen Rechtsnormen an die Standards der EU mit dem Ziel des “Schutzes der politischen und sozialen Rechte vor der Gefahr des Autoritarismus und Populismus“ für notwendig.²⁸⁸

Skotnicka-Illasiewicz (1995) zählt in ihren Untersuchungen die Abgeordneten der UP zu den Euroenthusiasten, die eine Stellung „offensiver Integration“ einnehmen. Dieses wird in den Äusserungen der Abgeordneten über Mut, Einbildungskraft und Risiko zum Ausdruck gebracht. Das sind – ihrer Meinung nach – Aussagen und Meinungen, die durch eine engagierte und aktive Stellung geprägt sind, die die Integrationsprozesse als gewisse Herausforderung betrachten – zwar nicht ohne Risiko, jedoch als Chance, den Entwicklungsbedarf gegenüber Westeuropa nachzuholen: „(...) Integration bedeutet Risiko, das jedoch notwendig ist“²⁸⁹

Hier wird auf die bestehenden wirtschaftlichen Disproportionen hingewiesen, wodurch die Verhandlungen mit der EU auf nicht symmetrische, für Polen ungünstige Relationen gestützt werden können. Deswegen steht die UP auf dem Standpunkt, zuerst die interne Wirtschaft in Ordnung zu bringen um sie gegenüber den künftigen westlichen Partnern konkurrenzfähig zu machen.

(...) unsere schwache und nicht konkurrenzfähige Wirtschaft wird dadurch bedroht, dass wenn sie mit dem europäischen Wettbewerb konfrontiert wird, ganz untergehen kann. Ich bin der Meinung, dass wir uns etwas schützen, Zäune bauen, uns ein wenig innen stärken sollten, (...), uns auf einige nationale (...) Industriezweige konzentrieren, sie stärken, bessere Bedingungen schaffen und uns erst dann integrieren.“²⁹⁰

²⁸⁵ Ryszard Bugaj (Vorsitzender der UP), in: Protokolle der 15. Sitzung des Sejm, v. 21.05.1992.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁷ Vgl. das Wahlprogramm der UP: *Przywróćmy nadzieję (Geben wir die Hoffnung wieder)*. Warszawa, August 1993, 24.

²⁸⁸ Ebenda, 25.

²⁸⁹ Anonyme Aussage eines UP-Abgeordneten, in: Skotnicka-Illasiewicz 1997: 109.

²⁹⁰ Anonyme Aussage eines UP-Abgeordneten, in: ebenda, 113.

Kritisiert wurde die Strategie der post-*Solidarność*-Regierung wegen der Tempovorgabe, die zur Folge hatte, dass die Disproportionen zwischen den Wirtschaften Polens und des Westens statt ausgeglichen, verstärkt werden und im Ergebnis dadurch die Chance, partnerschaftliche Beziehungen in der Zukunft zu schaffen, verspielt wurde: „(...) wird die Politik in dieser Hinsicht unangemessen geführt, wird sie von Euroenthusiasten vorgegeben, dann können wir durch die Integration mehr verlieren als verdienen.“²⁹¹

Das alles findet sich auch in offiziellen Dokumenten der UP. Im Kapitel III des Programms der UP.: „Öffnung zur Welt und Europa“ ist zu lesen:

*Integration mit der EU ist für Polen eine Chance die Zivilisationsrückstände aufzuholen und die differenzierte wirtschaftliche Entwicklung auszugleichen (...). Wir wollen geduldig und realistisch die uns angebotenen Bedingungen für den Beitritt analysieren, unsere Forderungen formulieren und darauf achten, dass die Interessen polnischer Mitarbeiter, Bauern und Konsumenten unberührt bleiben, dass die Integration nicht zuungunsten von nicht wohlhabenden Gruppen durchgeführt wird (...). Bis zum Beitritt zur EU muss die polnische Wirtschaft entsprechend gestärkt, vorbereitet werden und fähig sein, die eigene Entwicklung vernünftig zu steuern.*²⁹²

In den Wahlen 1997 hat Unia Pracy den Kampf mit der SLD um die Vertretung des linksorientierten Teils der Wählerschaft verloren. Das Programm der UP stellt jedoch unter dem Gesichtspunkt der Analyse der Einstellungen gegenüber der Integration mit der EU ein viel interessanteres Dokument dar als das größtenteils deklarative Programm der SLD. Bei dessen Lektüre kann man sich die Richtung der künftigen linksorientierten Kontenstation der Integrationsprozesse leicht vorstellen (Kucharczyk 1999: 228).

Im Programm der UP finden wir einen Punkt über die europäische Integration, in dem die Befürwortung der Integration unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wird. Diese begleiten aber einige kritische Anmerkungen. Es wird hier die Furcht polnischer Bürger vor protektionistischen und diskriminierenden Tendenzen der Festigung der Einteilung in reiche und arme Länder zum Ausdruck gebracht. Unia Pracy spricht sich auch für den beabsichtigten Schutz der nationalen polnischen Kultur und Wirtschaft aus, wobei diese Feststellung gleichzeitig von der grundsätzlichen Bestätigung einer offenen Gesellschaft ausgeglichen wird.

Man könnte daraus schließen, dass die Befürchtungen der Unia Pracy in Bezug auf die Integration vor allem die demokratischen Werte betreffen. Hierbei auch die Prinzipien der internationalen Solidarität, deren Status den Autoren in dem sich einigenden Europa nicht übertrieben erscheint. In diese Richtung gehen auch weitere Äußerungen, in denen die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wird, dass das im Integrationsprozess stehende Europa nicht nur eine „Ländergemeinschaft, sondern auch eine Gemeinschaft von Regionen und Bürgern“ sein wird. Es wird hier auch die Bedeutung der Einhaltung der Rechte und der bürgerlichen Freiheiten, die vom Europarat bewahrt werden, betont.

²⁹¹ Ebenda, 127.

²⁹² Im Internet unter: <http://www.uniapraczy.org.pl/sections.php?op=listarticles&secid=7> (12.11.2000)

Die Mitgliedschaft in der EU wird auch in einem anderen Punkt im Programm der UP erwähnt. Dieser Punkt erläutert allgemein die Ziele der polnischen Außenpolitik. Es sollte hierbei aber angemerkt werden, dass die Unia Pracy „für die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen, vor allem der UNO“ ist. Man könnte daraus schließen, dass globale Solidarität der UP wichtiger erscheint, als die europäische Solidarität. Auch wenn die UP im gewissen Grade euroskeptisch ist, kommt dieser Euroskeptizismus eher in einer radikal internationalistischen, als in einer nationalen Hinsicht zum Vorschein. Das wird besonders deutlich, wenn es um wirtschaftliche Fragen geht. Unia Pracy spricht sich für eine starke soziale Solidarität aus, deren Ziel es ist, „eine verhältnismäßig kleine Einkommensdifferenziertheit und im Ergebnis schwächere soziale und industrielle Konflikte zu haben“. Als Vorbild werden hier die skandinavischen und die Länder des Fernen Ostens angesehen und nicht die wichtigsten europäischen Partner Polens.

Der intellektuelle Beitrag der Unia Pracy in der Debatte über die Integration beruhte darauf, dass auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, eine übereuropäische Solidarität zu schaffen, die mit der Befürchtung begründet wird, dass Europa zu „einem Klub reicher Menschen“ wird, der unberührt das Schicksal der restlichen Welt hinnehmen wird. Gegenwärtig bestehen zwar geringe Chancen, dass diese Denkweise populär wird, aber am Beispiel der Mitgliedsstaaten der EU kann man schlussfolgern, dass sich die Anzahl derer, die diese Meinung vertreten – paradoxerweise – mit dem Fortschritt der Integration Polens mit Europa erhöhen kann (Kucharczyk 1999:229).

Als die UP in der Opposition war, hatte sie eine kritische Einstellung zu den Reformen der Regierung AWS-UW. Sie hat jedoch grundsätzlich die von der Regierung eingeschlagene Richtung der Integration mit den europäischen Strukturen nicht in Frage gestellt. Im Mai 1999 hat die UP den Rücktritt von Ministerpräsident Buzek gefordert, dem uneindeutige Stellung und fehlende Vision der Regierungsarbeiten vorgeworfen wurde.

Trotz eines Programms, in dem der Staat eine Betreuungsfunktion übernimmt, hat die UP nicht viele Befürworter. In Anbetracht dessen, dass sie in den Wahlen 1997 nicht mal 5 Prozent erreichte, hat die UP im Oktober 2000 eine Deklaration der Zusammenarbeit mit der SLD und der PSL unterschrieben. In dem Programmübereinkommen ist zu lesen, dass:

Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit Polens und die Beendigung der Verhandlungsprozesse mit der EU und die Vorbereitung Polens auf die Integration (...) als „eine große nationale Herausforderung betrachtet wird, deren Realisierung Chancen für einen schnelleren Wirtschaftsaufschwung, Modernisierung der Landwirtschaft und Verbesserung der Infrastruktur, sowie Ausgleich der Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt.“²⁹³

²⁹³ Ebenda.

Die UP hat mit der SLD die Verhandlungen mit der EU und das Referendum störungsfrei beendet und gleichzeitig den langfristigen Prozess der Vorbereitungen Polens auf die Mitgliedschaft in der EU zu Ende gebracht.

5.8. Allianz der Demokratischen Linken: Sojusz Lewicy Demokratycznej - SLD

Die Sozialdemokratie der Polnischen Republik, SdRP, wurde als - Nachfolgepartei der PZPR - mit Blick auf die Parlamentswahlen vom Oktober 1991 im Juli jenes Jahres zusammen mit dem ebenfalls exkommunistisch kolorierten Gewerkschaftsbündnis OPZZ (Allpolnische Gewerkschafts-Verständigung) und unter Einschluss einer Vielzahl kleinerer linker und exkommunistischer Gruppierungen als die Allianz der Demokratischen Linken - SLD gegründet.²⁹⁴ Bereits nach kurzer Zeit der politischen Quarantäne konnte die SLD reüssieren: 1993 gewann sie die Parlamentswahlen, 1995 wurde ihre Führungsfigur - Aleksander Kwaśniewski - zum Staatspräsidenten gewählt. Nachdem sich die Formation 1997 in die Opposition verabschieden musste, erlangte sie bald neue Popularität und führte geraume Zeit alle Meinungsumfragen an. 1999 in eine einheitliche Partei umgestaltet, gewann sie 2001 die Parlamentswahlen und bildet mit der PSL (und nach dem Koalitionsbruch im März 2003 alleine) die Regierung.

In ihrem ersten Programm betonte die SdRP hinsichtlich der Außenpolitik Polens, dass sie:

- *der Befestigung der Unabhängigkeit und Souveränität des Staates, der Ausschaltung von äußeren Gefahren,*
- *der Nutzung der internationalen Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung Polens,*
- *der Beteiligung an der kulturellen und zivilisationsbezogenen Annäherung der Nationen und der Lösung von globalen Problemen der gegenwärtigen Welt dienen sollte.*²⁹⁵

Beibehalten werden sollte jedoch das bisherige Kräfteverhältnis, weil sich die Parteiführer der SdRP anfänglich für die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt und für das Kontingent der russischen Armee in Polen ausgesprochen haben. Die Frage der Westorientierung der Außenpolitik wurde in der auf dem ersten Kongress der Partei verabschiedeten Deklaration nicht berührt. Zu diesem Zeitpunkt, im Januar 1990, wurde weder über die Europäische Integration noch über den Beitritt Polens zur NATO gesprochen. Während der Parlamentsdebatte über das Programm der Regierung Mazowiecki und dessen Außenpolitik äußerte sich der Vertreter der Parlamentsfraktion der SLD, Józef Oleksy, ganz allgemein über die Polen zustehende Stelle im „Gemeinsamen Europäischen Haus“. Gleichzeitig warnte er die Regierung, alles zu unterlassen, damit nicht „aus den strategischen Grundsätzen politische Lösungen gemacht werden, die die Entstehung vorzeitiger Hoffnungen in der Gesellschaft auf deren schnelle, automatische und für Polen nur günstige Folgen verursachen könnten.“ Er bittet

²⁹⁴ Vgl. dazu u.a.: Bingen 1998 und Lang 2000.

dabei „die möglichen Interessenwidersprüche im vereinigten Europa, (...) die die polnische Staatsräson bedrohen könnten, zu berücksichtigen.“²⁹⁶

Schon die Parlamentswahlen 1991, bei denen sich die internationalen Konstellationen grundlegend gegenüber 1989 verschoben hatten, kennzeichneten jedoch die Reinterpretation der polnischen Staatsräson. Auch die Haltung der SdRP bezüglich der Integration mit den westeuropäischen Strukturen hatte sich wesentlich verändert. Nach 1991 erschien der Beitritt Polens zur EU und zur NATO eine der wichtigsten Voraussetzungen der Zielerreichung von SdRP. Man legte großen Wert auf die Zusammenarbeit mit der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und im Rahmen des Weimarer Dreiecks, der Visegrad Gruppe sowie der Mitteleuropa-Initiative und dem Ostsee Staatenrat. Gutnachbarschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarländern wurden in Polen als wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der SdRP akzeptiert.

In den Folgejahren entwickelte sich das Programm der SdRP. Während des zweiten Kongresses (vom 20. bis 21. März 1993) wurde fast einstimmig das neue Programm der Partei mit dem Titel „*Alternativa Sozialdemokratie: demokratisches, gerechtes, sicheres Polen*“ verabschiedet. Die SdRP bietet hier den Polen „einen neuen, alternativen und linksorientierten Weg“ an, den Weg zu einem starken Europa, die Vision eines Polen, das weltweit eine wichtige Rolle spielt.“²⁹⁷

Im Wahlkampf 1993 wurde das Thema der europäischen Integration nur am Rande erläutert, wobei in erster Linie die sozialen und gesellschaftlichen Fragen, gefolgt von der Abrechnung mit der Vergangenheit und die Rolle der Kirche im Staat besprochen wurden. In Programm der SLD wird ausgeführt: „In der pluralistischen Weltanschauung der SLD sprechen wir uns für die Weltlichkeit des Staates aus.“²⁹⁸ Die immer sich weit weg erscheinende Perspektive des Beitritts zur NATO und EWG hat die Lagerbildung von Europhilen und Europhoben vermindert (Gebethner: 1993). Jedoch wurde die Orientierung Polens auf die Integration in die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Strukturen Europas im Wahlprogramm der SLD von 1993: „Unser Programm für Polen“ deutlich präzisiert:

*Die Integration Westeuropas wird zu einer Herausforderung und gleichzeitig zu einer Chance für Polen, das, ohne in Europa 'aufzuschmelzen' und ohne gewisse Selbstisolierung, die Assoziation mit der EWG anstreben sollte, um damit in das europäische, wirtschaftliche Zentrum zu kommen und um der Gefahr eines Rückfalls in die Peripherie Europas vorzubeugen.*²⁹⁹

Die SLD sah die Länder der EG als Partner, die als Beispiel für moderne Formen der Produktion und Verwaltung sowie als attraktive Handelskontrahenten bei der Entwicklung der Demokratie und Stabilisierung der Wirtschaft in Polen eine wichtige Rolle spielen könnten. Während einer Debatte im

²⁹⁵ Ideendeklaration der polnischen Sozialdemokratie, in: Wortlaut des Gründungskongresses der SdPR, 30.01.1990, T.I, 664.

²⁹⁶ In: Protokolle der 28. Sitzung des Sejm, v.26.04.1990, Warszawa, vgl.auch Pasierb 1996: 65-107.

²⁹⁷ SLD-Wahlprogramm: *Nasz Program dla Polski (Unser Programm für Polen)*, Warszawa, Mai 1993, 1.

²⁹⁸ Ebenda, 4.

Sejm argumentierte einer der bekanntesten Politiker der SLD, Józef Oleksy, mit folgenden Worten für die Assoziierung Polens mit der EG:

*Das Bündnis der Demokratischen Linken befürwortet die enge Zusammenarbeit Polens mit den Europäischen Gemeinschaften, weil wir dort Modernität und Fortschritt, Wissen und Fähigkeiten, Effektivität der Marktwirtschaft und Möglichkeiten für einen günstigen Handelsaustausch sehen. Dort finden wir Vorbilder einer stabilen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der inneren Stabilität, die mit effektiver Marktwirtschaft verbunden sind, welche den Bürgern ein hohes Niveau der Befriedigung ihrer Bedürfnisse sichert.*³⁰⁰

Charakteristisch für die SLD in dieser Zeit ist die gleichzeitige Betonung der Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus der Öffnung gegenüber der EG ergeben:

*Wir stehen auf dem Grund einer gesunden Kalkulation der polnischen Interessen und eben deswegen sehen wir außer Chancen auch zahlreiche Gefahren, die das Assoziierungsabkommen unvermeidlich mit sich bringt.*³⁰¹

Die Politiker der SLD spielten dieses Argument gern aus, indem sie zugleich denjenigen Teil des Elektorsats ansprachen, der für ein "europäisches" und modernes Polen optierte, aber gleichzeitig die Unabhängigkeit Polens gegenüber dem Westen betonte.

Nach vielen Jahren politischer Abhängigkeit wird die Souveränität als sehr wichtig angesehen:

*Es wurde schon erwähnt (...), dass uns eine Satellitwerdung im alten Sinn nicht droht. Aber es geht doch darum, dass sie uns in keinem Sinne und keiner Form, weder in der alten noch in einer neuen, drohen soll.*³⁰²

Dieses Element spielte auch eine Rolle bei der Konzeption der SLD über die Chance Polens als Bindeglied und Mittler in den Beziehungen zwischen dem Westen und Osten Europas. „Deswegen (...) sprechen wir uns vor allem für die Integration in Europa sowie für eine aktive politische und wirtschaftliche Anwesenheit auf den östlichen Märkten aus.“³⁰³ Oleksy meinte dazu:

*Wir meinen, dass die neue Teilung Europas, die stattfinden kann, auch von der polnischen Aktivität abhängen wird. Wir glauben, dass die Position Polens im Westen und sein Einfluss so stark und deutlich sein werden, solange Polen eigene Position und Einfluss im Osten besitzt.*³⁰⁴

²⁹⁹ Ebenda, 16.

³⁰⁰ Józef Oleksy im Namen des Parlamentsklubs der SLD in der Parlamentsdebatte über die Ratifizierung des Europa-Abkommens, in: Protokolle der 15. Sitzung des Sejm, v. 21.05.1992.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Tadeusz Iwiński, SLD-Abgeordneter, während der Debatte über die polnische Außenpolitik, in: Protokolle der 14. Sitzung des Sejm, v. 8.05.1992.

³⁰³ Aleksander Kwaśniewski in: *Dlaczego SLD? (Warum SLD?)*, Reden von einer Kandidatenkonferenz der SLD vor den Wahlen 1993. Herausgegeben als Propagandamaterial, 5.1-6, hier 5.3.

³⁰⁴ Józef Oleksy im Namen des Parlamentsklubs der SLD in der Parlamentsdebatte über die Information der Regierung über die Außenpolitik Polens, in: Protokolle der 43. Sitzung des Sejm, v. 30.04.1993.

Diese Aussagen deuten auf eine Tendenz hin, die sich bei näherer Betrachtung bestätigt: Die SLD bemüht sich zwar um das Image einer verantwortungsbewussten und regierungsfähigen sozialdemokratischen Partei. Gleichzeitig aber möchte sie vom Potential der enttäuschten Wähler profitieren. Diese Möglichkeit bietet sich, unter anderem durch die Position der EG an, die weder eine feste Zusage für eine künftige Mitgliedschaft noch einen erheblich besseren Zugang zum EG-Markt für polnische Waren gewährleisten wollte. Von der Liberalisierung waren Textilien, landwirtschaftliche Produkte und Steinkohle ausgeschlossen; für polnische Früchte, Stahlerzeugnisse und Fleisch wurden Einfuhrbeschränkungen, Dumpingzölle oder Ausgleichzölle eingeführt. So präsentierte die SLD eine ziemlich pessimistische, aber durchaus begründete Vision Europas:

Ich möchte an dieser Stelle im Namen des (Parlament-)Klubs der Allianz der Demokratischen Linken unterstreichen, dass die Meinungen völlig richtig sind, die die Überwindung der Teilungen in Europa für nicht endgültig halten (sie sollte nur deswegen endgültig sein, weil die ideologisch-militärischen Teilungen verschwanden). Nach vielen im Westen vertretenen Meinungen - die Allianz der Demokratischen Linken teilt sie - droht Europa bei einer wenig dynamischen und mit wenig gemeinsamen Elementen bestückten Zukunftspolitik eine neue Teilung in ein reiches und ein armes, ein zentrales und ein marginales Europa. Die SLD ist mit der Tolerierung dieser Gefahr nicht einverstanden.³⁰⁵

Auf den Prüfstand gelangt die SLD, als das Bündnis die Regierungsverantwortung übernahm. Befürchtungen, es könne zu einem Stillstand der Reformen und zu einer Abkehr von außenpolitischen Prioritäten kommen, erwiesen sich als falsch. Im Gegenteil: „Die gewandelten Jünger Lenins profilieren sich schnell als eifrige Verfechter von Marktwirtschaft, Demokratie und Anbindung an den Westen“ (Lang 2001: 7). Trotz der Bedenken der Opposition im Vorfeld der Wahlen, dass:

die Regierungsbildung durch die SLD die Gefährdung polnischer Interessen in der Welt im wesentlichen Maße herbeiführen wird, (...) sowie die Einbeziehung Polens in die europäischen Strukturen beeinträchtigt wird³⁰⁶,

wurden die pro-integrationsgerichteten Erklärungen aus dem Wahlkampf 1993 in politischen Aktivitäten im Rahmen der Koalition SLD-PSL zum Ausdruck gebracht.

Während der Regierungszeit dieser Koalition hat Polen den offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in die EU gestellt (am 8. April 1994); der Sejm hat ein Gesetz über die Gründung eines Ausschusses für die europäische Integration erlassen (August 1996), dessen Aufgabe die Befürwortung und Koordinierung der Integrationspolitik war. Im Januar 1997 wurde vom Ministerrat das Dokument: „Nationale Integrationsstrategie“ angenommen; während der Debatte betonte Premierminister Cimoszewicz, dass Polen - als Mitgliedsstaat - die EU durch sein Potential bereichern könne, und die Parlamentarier der SLD haben mehrmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, in den Beziehungen mit der EU die – vom Gesichtspunkt der nationalen Interessen - günstigsten und optimalsten Bedingungen für Zusammenarbeit und Mitgliedschaft zu erreichen.³⁰⁷

³⁰⁵ Ebenda, 116.

³⁰⁶ Bronisław Geremek und Aleksander Hall in: *Gazeta Wyborcza* v. 17.09.1993.

³⁰⁷ In: Der Parlamentsklub der SLD: *1993-1997. Fakty, dokonania, opinie (1993-1997 Fakten, Leistungen und Meinungen)*, Warszawa 1997, 146.

In ihren empirischen, im Sommer 1993 durchgeführten Untersuchungen zählte Skotnicka-Illasiewicz (1995) die Abgeordneten der SLD zu einer Gruppe von Abgeordneten, die sich für ein Europa erklären, „das als ein Raum verstanden wird, in dem die Gesellschaften frei kooperieren können.“³⁰⁸ Die Aussagen der Abgeordneten, die gegenüber Europa entsprechend eingestellt sind, begleitet in erster Linie ein Gefühl der Selbstverständlichkeit der eingeschlagenen Richtung der Umwandlungen. Diese Selbstverständlichkeit ergibt sich aus der Überzeugung, dass der einzige Weg zur positiven Entwicklung der polnischen Gesellschaft die Bestrebung zum Aufbau eines demokratischen Systems ist, dessen wirtschaftliche Mechanismen durch den freien Markt und freies Interessensspiel gestaltet werden. Unter den Befürwortern dieser Option unterscheidet Skotnicka-Illasiewicz nachfolgend zwei Strömungen: die sog. „Euro-Enthusiasten“ und die sog. „Euro-Rationalisten“. Die Vertreter dieser beiden Haltungen sind sich bezüglich der Richtigkeit der von ihnen eingeschlagenen Richtung einig, ihre Motivation ist aber unterschiedlich. Die „Euro-Enthusiasten“ akzeptieren eine offensive und beschleunigte Integration, die „Euro-Rationalisten“ neigen zu einer kontrollierten und langsameren Integration (Skotnicka-Illasiewicz 1995: 86ff). Für die SLD erscheint die Integration als ein durch die Logik der Welt erzwungener Prozess, zu dem es keine Alternative gibt:

*In der Stellung der Linken herrscht ein gewisser schizophrener Zustand, weil sie - eben als die Linken – die Annäherung an Europa nicht befürworten sollten. Aber jedes Land, jedes System, sollte heutzutage in einem gewissen logischen Rahmen angepasst werden. In der Vergangenheit verband sich die Logik mit der RWPG, mit dem Warschauer Pakt und einer gewissen pro-russischen Orientierung (...). Jetzt, nachdem die Sowjetunion und das Warschauer Abkommen nicht mehr existieren, sollte man sich auf etwas Stabiles stützen. Und gegenwärtig sind NATO und EWG stabil und man sollte dieser Logik folgen und danach verfahren und so verhindern, dass man in den Hintergrund gedrängt wird.*³⁰⁹

Der Wahlkampf 1997 war mehr als die anderen Wahlkämpfe durch die Frage der europäischen Integration bestimmt. Fast alle Parteien haben ihre Einstellung zur Frage des Beitritts Polens in die EU erläutert.³¹⁰ Die SLD hat sich eindeutig als eine pro-europäische Gruppierung dargestellt. Die europäische Integration nahm im Programm der SLD: „*Gutes Heute – besseres Morgen*“ einen wichtigen Platz ein und wurde in zehn grundsätzlichen Programmstichpunkten berücksichtigt. Den Beitritt zu EU und NATO formulierte man an erster Stelle, und als entscheidendstes Ziel der Außenpolitik definierte man die gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit. Die Integration in die Strukturen von EU und NATO wurde auch als Priorität für den Staatshaushalt definiert. Das Programm der SLD beinhaltet ein Kapitel „Polen in der Europa-Familie“, in dem die Beendigung des Anpassungsprozesses des polnischen Rechts an den *acquis communautaire* postuliert wird und Polen als „das Vaterland der Vaterländer“ (im Gegensatz zum *Solidarność*-Begriff „Europa der Vaterländer“) bezeichnet wird.³¹¹

³⁰⁸ Anonyme Aussage eines SLD-Abgeordneten, in: Skotnicka-Illasiewicz 1995: 87.

³⁰⁹ Anonyme Aussage eines SLD-Abgeordneten, in: Skotnicka-Illasiewicz. 1995: 89.

³¹⁰ Zur gleichen Zeit (Juli 1997) veröffentlichte die Europäische Kommission ein Gutachten über die EU-Beitrittskandidaten und schlägt vor, die Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Ländern (darunter Polen) zu beginnen.

³¹¹ SLD-Wahlprogramm 1997: *Dobre dziś – lepsze jutro (Gutes Heute-besseres Morgen)*, 2.

Der Fernseh-Wahlkampf der SLD unterstreicht stark den europäischen Charakter dieser Gruppierung. Zum Schluss des Werbefilms dieser Partei konnten die Zuschauer das Stichwort hören: „Nach Europa? – Natürlich, nach links.“ In den Fernsehsendungen, in denen die SLD ihr Programm präsentierte, hat man sich bemüht, die Bürger zu überzeugen, dass nur die SLD die Einhaltung europäischer Normen (wie der Weltlichkeit des Staates und Toleranz) gewährleisten kann. Das Motiv der Toleranz bildet das am konsequentesten durchgehaltene Europa-Motiv im Wahlkampf der SLD - so wie bei der AWS die Frage der Sicherung der nationalen Identität. Es scheint, dass es die beiden Begriffe ermöglicht haben, die internen Spannungen bezüglich anderer politischer und wirtschaftlicher Probleme der Integration zu „verstecken“ (Kucharczyk 1999: 223).

Kucharczyk (1999) hat 1997 eine interessante Vergleichsanalyse durchgeführt, in der die direkten Erklärungen der Parteien bezüglich der europäischen Integration mit dem Übereinstimmungsgrad ihrer Programme und den Postulaten des europäischen Ausschusses verglichen werden. Daraus ergibt sich, dass die allgemeine Befürwortung der Integration viel weniger Enthusiasmus für die Realisierung bestimmter Vorgaben des Ausschusses begleitet. Seiner Meinung nach hatte die SLD – die ihren europäischen Charakter am konsequentesten betonende Gruppierung – weniger zu den in der Analyse aufgeführten Fragen, die als Bedingungen der Integration bezeichnet werden, zu sagen als Oppositionsparteien wie die AWS, UW, UP und ROP. Dies bestätigt den propagandistischen Charakter der Wahlprogramme und zeugt davon, dass die Frage der Integration als ein Instrument für die aktuelle Politik gesehen wird.

Diese Inkohärenz und der Mangel an konkreten Lösungsvorschlägen sind besonders sichtbar bei den ökonomischen Fragen. Entgegen der Empfehlung der Europäischen Kommission für eine schnelle Beendigung der Privatisierung und mehr Transparenz bei staatlichen Hilfen wird im Programm der SLD viel über die zentrale Rolle des Staates beim Schutz der polnischen Wirtschaft gesprochen; nichts erfährt man hingegen zum Thema staatliche Hilfen.

Wir sprechen uns für die konsequente Fortsetzung der Privatisierung aus, überall dort wo sie zur Effektivitätserhöhung der Unternehmen führt. Der Staat muss jedoch seine notwendige Kontrolle über die Sektoren, die die politische und wirtschaftliche Sicherheit des Landes gewährleisten, beibehalten.³¹²

Die Wirtschaftsprogrammatische der SLD ist äußerst schwer einzuordnen. Unverkennbar ist einerseits das Bemühen, sich von jeglichem linken Fundamentalismus zu distanzieren. Man versucht, sämtliche Ambivalenzen auszuräumen. "Es gibt keine sinnvolle Alternative zur Marktwirtschaft," erklärte der Vorsitzende der SLD-Programmkommission Celiński.³¹³ Und SLD-Politiker wie der damalige Privatisierungsminister Wiesław Kaczmarek oder der Finanzminister Marek Borowski waren wegen ihrer geradezu liberal anmutenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen sowohl den polnischen Agrarparteien als auch der nationalorientierten Rechten ein Dorn im Auge. Andererseits wurden auf

³¹² Ebenda, 5

³¹³ In: *Nie ma trzeciej drogi w gospodarce, (Es gibt keinen dritten Weg in der Wirtschaft)*, in: *Rzeczpospolita* v. 15.12.1999.

einem Programmkongress widersprüchliche Aussagen formuliert.³¹⁴ Anfang Februar 1997 sprach sich die SLD für einen Sozialstaat und eine regulierte Marktwirtschaft aus. Konflikte hinsichtlich der Bewertung wirtschaftlicher Tendenzen sind innerhalb der SLD, bei der sich das Gewerkschaftskonglomerat OPZZ als "sozialer Pfeiler" definiert, also vorprogrammiert.³¹⁵

Kurz nach den Wahlen erweiterte sich die mit der Integration mit der EU verbundene Thematik, worauf die Analyse der Sejmdebatten über das Projekt der Mitgliedschaft Polens in der EU hindeutet. Die erweiterte und tiefgreifende Betrachtung der Integrationsthematik war im Wesentlichen durch den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU am 31. März 1998 und dem sog. *Screening* der polnischen Rechtsvorschriften im Hinblick auf deren Übereinstimmung mit den Vorschriften der EU bedingt. Die sich in der Opposition befindende Sozialdemokratie der RP befürwortete die schwierigen Reformen, um die polnische Wirtschaft und den Staat an die Erfordernisse und Mechanismen der EU anzupassen. Der Beschluss des III. Kongresses der Sozialdemokratie erklärte folgendes:

*Polen braucht die EU und die EU braucht Polen. Dieses gegenseitige Verhältnis politischer und wirtschaftlicher Interessen sollte jetzt im Laufe der Vorverhandlungen in den Inhalt einer polnischen Mitgliedschaft umgestaltet werden.*³¹⁶

Trotz der allgemeinen Zustimmung zur Integration konnte man in dieser Zeit die Tendenz beobachten, politische Debatten in eine ideologische Konfrontationen der Linken gegenüber den Rechten umgestalten zu wollen. Als Schlüsselfrage erschien hierbei nicht die Einteilung in pro-europäische und anti-europäische Kräfte, sondern künstlich aufgebaute Differenzen unter denjenigen, die sich als Befürworter der Integration bezeichneten (Kucharczyk 1999: 320-321). Die Rechten standen vor dem Problem, einerseits für eine nur moderate Befürwortung der Integration zu stehen, denn sie wollten nicht als Euro-Enthusiasten bezeichnet werden, da hiermit die Linken identifiziert wurden. Andererseits einigte sich die SLD, als sie in der Opposition war, auf eine Strategie der totalen Kritik an der Regierung, sogar in den Punkten, in denen diese mit dem Programm der SLD in Übereinstimmung stand.³¹⁷ Die Frage der Integration in die EU, deren Befürwortung in den Programmen der Rechten und der Linken formuliert ist, begann die polnische, politische Szene zu teilen, anstatt sie zu verbinden.

Am 16. Juni 1999, auf dem IV. und zugleich letzten Kongress der SdRP wurde die Partei aufgelöst. Gleichzeitig unterschrieb man die Gründungsurkunde einer neuen Partei, der Sojusz Lewicy Demokratycznej. Während des I. Kongresses betonte die neugeformierte Allianz der Sozialdemokratie ihre bisherige Einstellung bezüglich der Außenpolitik. Die SLD erkannte an, dass die schnellstmögliche Integration Polens in die EU Priorität für die polnische Außenpolitik haben müsse,

³¹⁴ Die SLD-Dokumentation im Internet unter: <http://www.sld.org.pl>

³¹⁵ Odrodzenie OPZZ, Interview mit Józef Wiaderny, Vorsitzender der OPZZ, in: Dziś Nr. 6/1998, 13-16, hier: 16.

³¹⁶ Programmbeschluss des III. SLD Kongresses: *Polska Socjaldemokracja a Europa (Polnische Sozialdemokratie und Europa)*, in: Przegląd Socjaldemokratyczny (Sozialdemokratische Review), 23-24.

³¹⁷ Eine Liste solcher Manöver zeigt Milewicz 1998 in ihrem Artikel in *Gazeta Wyborcza* v. 2.04.1998.

dass die Integration aber mit für „uns messbaren und langfristigen Vorteilen“³¹⁸ verbunden sein müsse. Unter anderem heißt es:

Das Ziel der SLD ist es, Polen eine starke und stabile Position im internationalen Kräfteverhältnis und insbesondere in dem sich im Integrationsprozess befindlichen, partnerschaftlichen und sicheren Europa zu garantieren (...). Die Erlangung der Mitgliedschaft Polens in der EU ist eine Chance für den Zivilisationsaufstieg unseres Landes, für die Überwindung der Verspätungen in der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung seiner Sicherheit. Die Nutzung dieser Chance erfordert die volle Integration Polens in die Strukturen der EU. Die Integration garantiert den Ausgleich von Pflichten und Vorteilen.³¹⁹

Die SLD demonstriert ihre europäische Orientierung nicht nur eindeutig in öffentlichen Erklärungen, sondern auch in ihren internen Debatten. Das für Integrationsfragen verantwortliche SLD-Team unterstreicht in seiner Stellungnahme:

Weitere Verlängerung der Beitrittskosten und Reduzierung der Vorteile, die die Mitgliedschaft in der EU mit sich bringt, widersprechen den Interessen Polens und bedeuten eine Erhöhung der Beitrittskosten und Verringerung der Vorteile, die die Beteiligung an der EU zur Folge hat.³²⁰

Die von der Sejmstribüne abgegebenen Urteile über den Stand der Verhandlungen beinhalten vor allem die Erwartung eines maximalen Ausgleichs materieller Interessen beider Partner, sowohl in der Vorbereitungsphase auf die Mitgliedschaft als auch nach dem Beitritt. Im Ergebnis seien die Folgen der Verhandlungen dem Datum des Beitritts überzuordnen. Das bedeutet nicht, dass das Datum des Beitritts Polens in die EU unterschätzt wurde. Dominierend war jedoch die Überzeugung, dass wichtiger als die formalen Aspekte der Gespräche zwischen Polen und EU, die weitere Konsolidierung der Wirtschaft und die zunehmende Konzentration auf Gebiete ist, die dem Konkurrenzschock zum Zeitpunkt der offiziellen Mitgliedschaft am meisten ausgesetzt sein werden, waren (Sokół 2001, 127).

Die linksorientierte Vision der Integration unterstrich die Notwendigkeit eines größeren Engagements seitens des Staates und eine holistische Beurteilung der realisierten Politik. Im Ergebnis ging es um die Erhöhung der Bedeutung der strukturellen Politik in der Vorbereitungsphase durch die Verstärkung horizontaler, fördernder Funktionen des Staates. Ferner war es als wichtig angesehen, einen Schwerpunkt auf die Sozialpolitik zu legen und den Schutz der Bürger vor den wirtschaftlichen Folgen der Integration zu verbessern.

Wir sind von der Notwendigkeit einer systematischen Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit der EU überzeugt. Wir sprechen uns für die Ergänzung des wirtschaftlichen Aspekts der EU mit einem sozialen Aspekt im weiteren Sinne des Wortes aus. Es ist anzustreben, dass Europa zu einem Raum der sozialen Gerechtigkeit und des Wohlstands wird und die Idee der Gleichheit und der vollen Beschäftigung realisiert wird. Gegenseitiges Durchdringen und Ergäben beider – wirtschaftlicher und sozialer – Aspekte zeugt davon, dass eine Vision eines sozial sensiblen und wirtschaftlich funktionsfähigen Europas realisiert wird.³²¹

³¹⁸ Programmthesen der SLD, in: Dokumentation <http://sld.org.pl>

³¹⁹ Ebenda.

³²⁰ *Integracyjny hufiec Oleksego (Integrationsgruppe des Oleksy)*, in: *Unia & Polska* v. 17.06.2000, 7.

³²¹ Das sozialdemokratische Programm der SLD für Polen: *Nowy wiek - nowy Sojusz Lewicy Demokratycznej* (*Neues Jahrhundert – neue SLD*), Dezember 1999, im Internet unter: <http://www.sld.org.pl>.

Diese Zielvisionen haben u.a. zum Erfolg bei den Parlamentswahlen 2001 beigetragen. In der nachfolgenden Regierungszeit wurde der Beitrittsvertrag unterzeichnet und das Referendum erfolgreich durchgeführt. Außerdem trat Polen noch in der Amtszeit der SLD der EU bei (Mai 2004), und ist in den Entscheidungsorganen der EU beteiligt.

Trotz des Propaganda-Charakters der offiziellen pro-europäischen Dokumente der SLD und der Instrumentalisierung der politischen Diskussion zum Thema Integration Polens in die EU kann man die SLD als eine in ihrer faktischen Politik eindeutig pro-europäische Gruppierung bezeichnen.

5.9. Liga der Polnischen Familien: Liga Polskich Rodzin - LPR

Die Liga der Polnischen Familien wurde im Juni 2001 gegründet. Sie setzt sich aus katholisch-nationalistischen Parteien, Gruppierungen und Personen zusammen und findet eine entscheidende Stütze in der „Familie“ des katholischen Radio Maryja; Dies ist ein fremdenfeindlicher und rechtsextremer Rundfunksender, der in seinen Sendungen traditionelle Volksfrömmigkeit mit aggressiver politischer Propaganda verbindet, die gleichermaßen gegen Postkommunisten, Liberale und sogar gegen gemäßigtere katholische Formationen gerichtet ist (Gowin 1997: 50). Radio Maryja spricht vor allem die Verlierer der marktwirtschaftlichen Reformen und die Gegner einer Verwestlichung der Gesellschaft an, die sich in der neuen, weltanschaulich und kulturell differenzierten Ordnung nicht zurechtfinden (Cywiński 1997: 45f). Verantwortlich gemacht wird eine gegen das katholische Polen gerichtete Verschwörung von (wahlweise oder zusammen) Juden, Deutschen, den „rosa Hyänen“ der liberalen UW und den Postkommunisten.³²² Da Polen, seinem Verständnis nach, diesen Kräften in der Europäischen Union ausgeliefert wäre, werden die Abgeordneten der LPR einem Beitritt, ohne ihre Ideale zu verraten, nicht zustimmen können.

Die LPR entstand als Verbindung von Polnischer Allianz (Porozumienie Polskie, PP) und Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe, SN). Porozumienie Polskie wurde im Frühjahr 1999 durch nationalistisch und christliche Politiker gegründet, die größtenteils die ZChN verlassen hatten oder aus dieser Partei ausgeschlossen worden waren. Das Hauptmotiv für die Gründung dieser Gruppierung war die Ablehnung der Integration Polens in die EU. Die Gründer der PP präsentierten sich als Alternative für die ZChN und die AWS, die sie des Verrats der nationalen Interessen beschuldigten. Der Porozumienie Polskie traten auch Piotr Jaroszynski von „Polnische Familie“ (Rodzina Polska)³²³, Zygmunt Wrzodak von *Solidarność* und Maciej Giertych von Stronnictwo Narodowe und die Jungnationalisten der Allpolnischen Jugend bei. Für diese kleinen Gruppierungen bedeutete der Zusammenschluss auf der Basis der Ablehnung der europäischen Integration eine Chance, ihre marginale Position im politischen Leben überwinden zu können.

³²² *Holding Maryja*, in: *Wprost*, v. 6.04.1997, 30f.

³²³ Eine politische Gruppierung, die zuerst an den Kommunalwahlen 1998 teilgenommen hat und als erste offen die Integration Polens abgelehnt hat.

Die LPR ist zu einem Sammelbecken für die strikt national-katholischen und antieuropäischen Kreise geworden, für den äußersten rechten Rand der ursprünglichen AWS sowie ein Sammelbecken für ultranationalistische und patriotische Desperados. Bereits auf dem äußersten rechten Flügel der AWS war die „Familie“ mit über 20 Abgeordneten vertreten, im heutigen Sejm stellt sie 38 Abgeordnete. Der aggressive Nationalismus der LPR sieht, wie schon die Nationalisten der Vorkriegszeit, allenthalben in Polen, auch innerhalb der katholischen Kirche jüdische und Freimauerverschwörungen am Werk.³²⁴

Das Gründungsdokument der Liga der polnischen Familien beginnt mit den Worten:

*Besorgt um das Wohlergehen der polnischen Nation und des polnischen Staates, unter Berücksichtigung der falschen und schädlichen Politik aufeinander folgender Regierungen.*³²⁵

In weiteren Publikationen vertritt die Partei die These, dass Polen von Repräsentanten „nicht-polnischer“ Interessen regiert werde. Im Namen dieser fremden Interessen versuchten die Politiker Polen zu ruinieren und die polnische Nation absichtlich zu zerstören:

*Die alte und neue politische Klasse hofft, durch ökonomische und biologische Zerstörung Polens, dass sich die Nation in der vereinigten, kosmopolitischen Europäischen Union auflösen wird.*³²⁶

Das Programm der LPR konzentriert sich auf die strikte Ablehnung des EU-Beitritts Polens. Gegen den modernen „Turm von Babel“ und das „Diktat Brüssels und Berlins“ setzt die Liga ihr „Programm der nationalen Solidarität“:

*Wir fordern hiermit, dass die Regierung, die für Polen ungünstige Bestimmungen des Assoziierungsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften gemacht hat, neu verhandelt und somit die für Polen ungünstigen Anpassungsprozesse an die sog. Standards der EU anhält. Wir sprechen uns gegen den Beitritt Polens in die EU aus und werden dafür kämpfen, dass im nationalen Referendum die Integration mit der EU abgelehnt wird.*³²⁷

Die LPR lehnte die Mitgliedschaft in der EU aus ökonomischen und ideologischen Gründen (Verlust der nationalen Identität und Untergrabung der christlichen Werte) ab und fordert die Kündigung des Assoziierungsvertrages mit der EU sowie die Aufnahme von Gesprächen mit der NAFTA (North American Free Trade Agreement). Die Partei tritt für die rechtliche Durchsetzung katholisch-fundamentalistischer Werte ein und wehrt sich gegen den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer. Zygmunt Wrzodak hat im Namen der LPR vorgeschlagen, in Sachen des Bodenverkaufs an Ausländer ein Referendum durchzuführen. In seiner Stellungnahme im Sejm betonte er:

³²⁴ *Endecja* – wie sie umgangssprachlich genannt wird, geht auf die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstehende vielgesichtige Nationaldemokratie zurück. Ihre wichtigen Merkmale waren das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit der unfreien Nation und extremer Nationalismus bei überheblicher Fremdenfeindlichkeit sowie ein obskurer katholischer Fundamentalismus. *Endecja* hat unter Dmowski und Piłsudski eine bedeutende politische Rolle in der II. Republik Polens vor 1939 gespielt, vgl. Rudnicki 2000: 8.f..

³²⁵ Das Gründungsdokument der Liga der Polnischen Familien, im Internet unter: <http://www.lpr.pl>

³²⁶ Das LPR-Programm, beschlossen durch den Politischen Rat der LPR am 5. April 2002, in: ebenda.

³²⁷ Das *Programm der nationalen Solidarität*, in: ebenda.

Der Anpassungsprozess unserer Gesetzgebung an die Standards der EU stößt auf unseren tiefsten Widerspruch. Höchst empörend finden wir die Zustimmung der polnischen Regierung zum Bodenverkauf an Ausländer (...). Es geht hier nicht um eine kürzere oder längere Übergangsphase, um fünf oder zehn Jahre, sondern um das Prinzip, dass der polnische Boden auf dem Gebiet der Republik Polen in polnischen Händen aufrechterhalten bleibt. Wieviel Boden - soviel Vaterland auch bleibt.³²⁸

Diesen angeblichen Verrat an nationalen Interessen machte die LPR zum Mittelpunkt ihrer Kampagne 2001.³²⁹

Für uns ist es inakzeptabel, polnisches Vermögen an Ausländer abzugeben, den Markt für unfairen Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen zu öffnen, die Wirtschaft herunterzufahren. Das kostet Polen Jobs und hilft, Arbeitsplätze in der EU auf unsere Kosten zu schaffen.³³⁰

Um ihre anti-europäischen Positionen zu belegen, betont die LPR die Distanz und die Konflikte zwischen Polen und der EU. Sie versuchte, die Wählerschaft mit dem Bild von der starken, wohlhabenden, nahezu omnipotenten EU versus dem armen, hilflosen und gedemütigten Polen zu kontrastieren und sie zu polarisieren (Nalewajko, 2003: 162).

Polen ist in der Europäischen Union nicht willkommen (...). Polen wird von der Union wie ein Dritte-Welt-Land behandelt und die Union weigert sich, uns gleiche Rechte zuzugestehen.³³¹

Politiker der LPR führten zahlreiche Beispiele aus der polnischen Geschichte an, erinnerten daran, dass alle nationalen Krisen und Niederlagen durch außenstehende Feinde verursacht worden seien, die Polen für ihre politischen „Spiele“ missbraucht hätten. Ihrer Argumentation nach ist nun die EU ein solcher Feind. Die Gründer der LPR versuchten Polen vor diesem Feind zu retten und den angeblichen Verrat durch die bisherigen Politiker, die den schnellen Beitritt Polens zur EU forderten, mit ihrem Einstieg in die Politik zu verhindern:

Aus diesem Grund haben wir die Wahlplattform der Liga der Polnischen Familien gegründet, in der sich viele faire, hervorragende und ehrliche katholische Polen versammeln, um sich der Heuchelei des sogenannten linken und rechten Flügels entgegenzustellen.³³²

Die Strategie der Führer der LPR beruhte – vom ersten Tag der Anwesenheit im Parlament – auf der maximalen Erörterung des Themas der europäischen Integration. Roman Giertych tauchte überall dort auf, wo er gegen die EU auftreten konnte, er sprach von der Sejmtribüne und in den Medien.³³³ Im Parlament hat die Gruppierung tatsächlich die Rolle der Opposition übernommen, die

³²⁸ Zygmunt Wrzodak, LPR-Abgeordneter während der Sejm-Debatte über den Bodenverkauf an Ausländer, v. 15.03.2002.

³²⁹ Ausführliche Darstellung der Europadebatte unter den euroskeptischen Parteien in Polen 2000-2003 siehe: Nalewajko 2003: 160-177.

³³⁰ LPR-Dokument, hier zitiert nach Nalewajko 2003: 168.

³³¹ Ebenda, 168.

³³² Ebenda, 169.

³³³ Für eine besondere Überraschung sorgte er zum Beispiel, als er - als einer von wenigen Politikern - auf dem Anwaltskongress auftauchte, um die Teilnehmer zu überzeugen, wie sehr die polnischen Anwaltskanzleien von

die Regierung hauptsächlich in den Dingen kontrolliert, die mit der EU-Integration und dem Verkauf des polnischen, nationalen Vermögens zu tun hatten. Die LPR hat diese Richtung für sich genau umrissen und sie mit geradezu eiserner Konsequenz verfolgt. Das hatte zum Ziel eine Polarisierung der Gesellschaft in der Frage für oder gegen Europa herbeizuführen. Es scheint, dass diese Strategie mittlerweile aus verschiedenen Gründen nur unzureichend umsetzbar war. Einerseits wurde die LPR nicht zum Hauptbegünstigten in der Referendumsdebatte, andererseits bewiesen Umfragen, dass der Anführer der Samoobrona (Selbstverteidigung) - Andrzej Lepper - gleichzeitig als Anführer der antieuropäischen Gruppierung betrachtet wurde (Zaremba 2003: 1777).

Interessant wäre die Frage nach der Zukunft der LPR auf der polnischen, politischen Szene: Entweder könnte sie in die Rolle einer marginalen Partei gedrängt werden, die nur auf die mit der Kirche verbundenen Kreise beschränkt ist, und hauptsächlich um die traditionelle Gesellschaft kämpft und solche Themen wie Pornographie und Sittenlosigkeit kritisiert. Oder sie könnte zu einem attraktiven Partner für die Zusammenarbeit mit anderen rechtsorientierten Gruppierungen der politischen Szene werden. Für die zweite Variante sprechen zwei Fakten: Einerseits die Trennung vom Direktor des Rundfunksenders Radio Maryja, Vater Rydzyk, andererseits die Trennung von historischen wichtigen, aber „schwierigen“ Parteiführern (mit Antoni Macierewicz, Jan Łopuszański und Gabriel Janowski an der Spitze). Außerdem erklärte man sich nach dem Referendum bereit, sich nun auch stärker dem Thema „Polen in der EU“ zu widmen.

5.10. Selbstverteidigung RP: Samoobrona Rzeczypospolitej

Die Samoobrona RP war ursprünglich ein Gemeinde-Komitee von verschuldeten Bauern. Knapp zehn Jahre später wurde die Gewerkschaft jedoch als die alleinige Verteidigerin der Rechte der Bauern angesehen, die – so die Meinung der Samoobrona – durch die Transformation am meisten benachteiligt waren und im Falle des Beitritts Polens zur EU der größten Gefahr ausgesetzt wären.³³⁴ Lepper leitet die populistische Bauernbewegung Samoobrona nach dem „Führerprinzip“ und machte sich seit Anfang der neunziger Jahre und verstärkt noch vor den Parlamentswahlen 2001 damit einen Namen, dass er mit aufgebrauchten Bauern das Landwirtschaftsministerium besetzte, das Parlament stürmen wollte und Straßenblockaden unzufriedener Bauern im ganzen Land organisierte. Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 erhielt er 1,3 Prozent, fünf Jahre später 3,1 Prozent der Stimmen und in Meinungsforschungsumfragen hatte die Unterstützung für seine Partei bis September 2001 kaum die Drei-Prozent--Marke überschritten. Der Radikalismus und spektakuläre Auftritte des Vorsitzenden

ausländischen bedroht sind. Die begeisterten Juristen applaudierten und waren nicht geneigt, den wenigen Gehör zu schenken, die noch bei Sinnen waren und zu erklären versuchten, dass der Abgeordnete Giertych die Wahrheit zu umgehen versucht, in: Parandowska 2002.

³³⁴ Eine interessante Analyse der Gründe für den Aufstieg der Samoobrona-Popularität kann man in: Marks 2002: 7-33 finden. Siehe auch: Lang 1999.

haben allerdings bewirkt, dass die öffentliche Meinung ihn zum Anführer der „bäuerlichen Revolte“ erklärte und ihm gleichzeitig das größte Vertrauen schenkte (39 Prozent, zum Vergleich Kalinowski von PSL 26 Prozent und Janiszewski von SKL 10 Prozent).³³⁵

Überraschend wurde Andrzej Lepper mit einem Stimmenanteil von rund 10 Prozent zum „shooting-Star“ der Wahlen 2001. Ihm gelang es, das Image des gewalttätigen Räuberhauptmanns abzulegen und in die Rolle eines seriösen Anwalts der Verlierer und Frustrierten zu schlüpfen. Mit ihren 53 Abgeordneten wurde die Samoobrona die drittgrößte Partei im Sejm der IV. Periode und Lepper zum Vizemarschall im Sejm, also zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten, gewählt³³⁶. Er wurde aber bereits im Dezember 2001 aus der Position entfernt, nachdem er Außenminister Cimoszewicz als „Kanaille“ beschimpft hatte. Anlass für diese Äußerung waren Zugeständnisse der Regierung an die EU. Dass der neue Außenminister Polens es gewagt hatte, in Brüssel von der bisherigen Forderung nach einer Übergangsfrist von 18 Jahren für den Landerwerb von Ausländern in Polen abzugehen, kam für Lepper einem Vaterlandsverrat gleich. Andrzej Lepper³³⁷ vertritt eine für Außenstehende abstruse Mischung politischer Vorstellungen: Radikale Ablehnung der Globalisierung und tiefe Kritik an der Marktwirtschaft, polnischer Nationalismus und starke pro-russische Tendenzen, eine noch weit unverblümter als bei der SLD vorgebrachte Nostalgie für das kommunistische Polen, ergänzt durch Gegnerschaft zur NATO und besonders zur EU.

Die Samoobrona als Gegnerin der Integration in die EU ist das beste Beispiel der Instrumentalisierung des Themas „Europa“ für die Bedürfnisse der Politik. Die während der Debatte präsentierte Stellung gegen die Integration war eher durch Emotionen als durch sachliche Argumente geprägt. Dadurch wurde der Gesellschaft nicht geholfen, die differenzierte und komplexe Welt politischer Entscheidungen zu verstehen. Man nutzte vereinfachende schwarz-weiß-Argumente, polarisierte zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“. Die Ausnutzung negativer Emotionen, der Aufbau einer oppositionellen Identifikation, defensive Projekte anstelle klarer Ziele und Programme, die Orientierung auf die Entfremdeten und die Verlierer der Transformation - das alles sind Kennzeichen von Populismus (Nalewajko 2003: 104).

Während der Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen 2000 sprach Lepper vom „gestiegenen ökonomischen Einfluss fremder Mächte“ in Polen. Er klagte zudem an, dass „die Unabhängigkeit des Landes durch die Machenschaften riesiger multinationaler Konzerne, Monopole und Geldinstitute beeinträchtigt ist“ und diese Organisationen versuchten „die Nation ihres Vermögens zu berauben.“³³⁸ Von der Integration Polens erwartete Andrzej Lepper, das sich das Land einem

³³⁵ In: *Zaufanie do politykow (Vertrauen zur Politikern)* CBOS-Kommunikat Nr. 25/1999, v. 4-9.02.1999 und OBOP-Bericht K.187/00, v. 30.10.2000, vgl. dazu auch: *Vertrauen auf die politischen Institutionen in den MOE-Ländern*, CBOS-Kommunikat Nr. 3214, v. 20.10.2004.

³³⁶ Um ihn, wie man es damals sagte, mit der Würde des Amtes zu bändigen

³³⁷ Wenn man Lepper schreibt, meint man als Synonym die Samoobrona. Es gilt hier ein Prinzip: „Partei - das bin ich“, was sich auch in der Parteisatzung v. 7.04.2002 widerspiegelt. Laut diesem Dokument, das wegen seines undemokratischen Charakters kritisiert wurde, hat der Parteivorsitzende beinahe unbeschränkte Rechte.

³³⁸ Aus dem Wahlprogramm der Präsidentschaftskandidaten: Andrzej Lepper im Interent unter:

<http://www.abc.wp.pl/prezydent/lepper.html>

*unmenschlichen und unsozialen Kapitalismus zuwenden wird, der in Vergangenheit und Gegenwart viele Verbrechen an den Menschen verübt hat und mit Blick auf Moral und Gerechtigkeit nicht mehr zu bieten hat als das Konzept des maximalen Profits und des brutalen Wettkampfes.*³³⁹

Bei den Parlamentswahlen 2001 positionierte sich die Samoobrona etwas anders und schwächte seine antieuropäische Strategie ab. Verglichen mit den anderen antieuropäischen Parteien trat die Gruppierung in ihrer Kampagne relativ moderat auf. Angesichts der großen Konkurrenz seitens der Parteien, die ihren Einwand gegen die Integration während des Wahlkampfes in 2001 zu ihrem „Firmenzeichen“ gemacht hatten, änderte der Parteivorsitzende von Samoobrona seine bisherige Rhetorik, wie sie aus der früheren Präsidentschaftswahl bekannt war. Lepper fing an sein Erscheinungsbild zu verändern und als gemäßigter Politiker aufzutreten. Er begann, die Europa-Frage besonnener und differenzierter zu behandeln.

Solche eine Position kann man auch im ersten offiziellen Statement der Partei nach ihrem Wahlerfolg finden. In diesem Sinne wurde auch im Januar 2001 eine neue Deklaration geschrieben:

*Die Haltung der Samoobrona zur Europäischen Union kann als Eurorealismus bezeichnet werden, was bedeutet, dass die Integrationspolitik eher von einem realistischen statt von einem ideologischen Standpunkt bewertet wird. (...) Wir teilen nicht die Auffassung vieler Integrationsgegner, dass bereits der bloße Beitritt und die Anpassung unserer Gesetze an die EU-Institutionen schon den Verlust oder Einschränkung unserer Unabhängigkeit bedeuten.*³⁴⁰

Die Änderung der Einstellung hatte jedoch nur einen scheinbaren Charakter und war der Beginn einer neuen Strategie von Samoobrona, zu verschiedenen Fragen, unter anderem der Integration, offiziell Stellung zu nehmen. Die Strategie beruhte darauf, am Anfang jeder Mitteilung eine Deklaration der Zustimmung und des Verständigungswillens abzugeben. Auf diese Einleitung folgt in der Regel eine Deklaration mit völlig widersprüchlichen Inhalten und Argumenten. Diese Uneindeutigkeit der Mitteilungen ist beabsichtigt und bildet das Wesen der Strategie (Nalewajko 2003: 113).

Im März 2002, während der Sejmdebatte über die Integration in die EU, äußerte sich Andrzej Lepper:

*Wir wollen unsere polnische, einheimische Produktion verteidigen. Entschlossen sagen wir heute der EU nein, weil wir keine Partnerschaft mehr sehen. Das ist Niederknien, das ist Kriechen, so wie die EU uns das vorgibt. Die EU gibt uns immer schlechtere Prinzipien und immer schlechtere Bedingungen des Beitritts und die Regierung stimmt dem zu, ich frage nur – im Namen welcher Interessen.*³⁴¹

Einige Monate zuvor (und auch danach) deklarierte er allerdings:

Ich bin für den Beitritt Polens in die Strukturen des vereinigten Europas. Aber – was ich schon mehrmals betont habe, und meine Meinung dazu werde ich nicht ändern, ich bin für einen solchen Beitritt zur EU, durch den Polen nicht benachteiligt wird! (Lepper 2002: 190)

³³⁹ Ebenda.

³⁴⁰ Samoobrona-Erklärung bezüglich der EU, Januar 2001 im Internet unter: <http://www.samoobrona.org.pl/pages/05.Unia/>

Seine Erklärung im Europa-Parlament in Strassburg war durch einen ähnlichen Ton geprägt:

*Die Stellung von Samoobrona, die zum Ziel hat, die materiellen, kulturellen und intellektuellen Güter mehrerer Generationen von Polen zu schützen, kann weder Xenophobie noch antieuropäische Haltung genannt werden.*³⁴²

Vor dem Referendum hat Lepper eindeutig zum Votum gegen den Beitritt zur EU aufgerufen:

*Die Mitgliedschaft in der EU auf Basis gleichberechtigter, partnerschaftlicher Bedingungen könnte für Polen günstig sein. Jedoch der Beitritt auf Basis der ausgehandelten Bedingungen bedeutet für Polen auf Dauer die Position eines Landes der dritten Kategorie (...). Die einfachste Alternative erscheint die Ablehnung im Referendum des Beitrittsvertrages mit ausgehandelten Bedingungen.*³⁴³

Die offizielle Stellung von Samoobrona zum EU-Beitritt, die in einer separaten Urkunde desselben Titels bekanntgegeben wurde, lautet:

*Die Gewerkschaft der Landwirtschaft Samoobrona spricht sich gegen die Integration mit der EU in der heutigen Form aus.*³⁴⁴

Der heutige Erfolg der Samoobrona lässt sich einerseits mit ihrem Populismus erklären. Hier stehen die Soziologen in Polen auf dem Standpunkt: Es siegt derjenige, der die gesellschaftliche Unzufriedenheit besser zum Ausdruck bringt. Anderen hat die Samoobrona voraus, dass sie sich nicht die Mühe macht, die komplizierte gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation genauer anzusehen. Ihre Rezepte sind einfach, was auch besonders deutlich wird, wenn man sich ihre parlamentarische Arbeit - die weniger spektakuläre - ansieht, die in Gesetzesentwürfen oder Beschlüssen zum Ausdruck kommt (Parandowska 2002). Andererseits hat die Samoobrona die Legitimation einer normalen Gruppierung durch die SLD erhalten, die sich nach den Kommunalwahlen 2002 in die Arme der Samoobrona warf, nur um die Macht in den Woiwodschaften zu übernehmen.

³⁴¹ In: Protokolle der 34. Sitzung des Sejm, v. 31.03.2001.

³⁴² Zitat aus dem Interview mit Andrzej Lepper, in: *Przegląd europejski* (Europäische Review), Nr.1/2003: *Partie polityczne wobec integracji z Unia Europejska – wywiady z liderami partii* (Politische Parteien der EU gegenüber – Interview mit den Parteiführern), 116.

³⁴³ Samoobrona RP: *Parteiposition über den Beitritt Polens zur EU*, Warszawa, Maj 2003, 3.

³⁴⁴ Samoobrona RP Programm, Warszawa, September 2003, in: ebenda.

5.11. Die dominanten Positionen der polnischen Parteien

Somit wurde aus den wichtigsten programmatischen und propagandistischen Stellungnahmen eine komplexe Widerspiegelung des Verhältnisses einer gegebenen Partei zur Integration Polens in die Europäische Union ausgearbeitet. Um die vorliegende Untersuchung überschaubar zu halten, werden die Positionen der Parteien in eine den EU-Beitritt befürwortende und eine den EU-Beitritt ablehnende Position eingeteilt. Uneinheitliche Position bedeutet, dass man bei der Analyse der Positionen der Parteien mit den Widersprüchen zwischen offiziellen Texten, Programmen und Deklarationen einerseits und sehr differenzierten Äußerungen der führenden Politiker andererseits konfrontiert wurde. Die Tabelle gibt die überwiegenden Einstellungen der Parteien zum EU-Beitritt in den Parlamentswahlen 1997 (Tabelle 10) und 2001 an (Tabelle 11) wieder.

Tabelle 10: Die dominanten Positionen der polnischen Parteien zu der EU-Integration in den Parlamentswahlen 1997

	Einheitliche Position	Uneinheitliche Position
Für die EU-Integration	UW SLD UP	AWS PSL
Gegen die EU-Integration		

Tabelle 11: Die dominanten Positionen der polnischen Parteien zu der EU-Integration in den Parlamentswahlen 2001

	Einheitliche Position	Uneinheitliche Position
Für die EU-Integration	PO SLD-UP UW	AWSP PSL PiS
Gegen die EU-Integration	Samoobrona LPR	

Das sind die tatsächlichen Einstellungen der polnischen Parteien zum EU-Beitritt Polens. Im folgenden Kapitel werden die EU-Positionen von der *cleavage*-Positionen abgeleitet. Wie bereits in Kapitel III-4-3: *Der Charakter des EU-Themas* beschrieben, kann eine Integration in die Europäischen Union allgemein mit Demokratisierung, Verwestlichung und Ökonomisierung gleichgesetzt werden. Somit steht idealtypisch die positive Einstellung zur EU in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demokratischen Positionen. Die negative Einstellung zum EU-Beitritt ist mit nationaler und regionaler Unabhängigkeit und dem Widerstand gegen marktwirtschaftliche Globalisierung und Säkularisierung verbunden.

Diese Betrachtung des EU-Themas fällt direkt mit bedeutenden gesellschaftlichen Konfliktlinien zusammen: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung, Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft sowie konfessionell vs. säkular. Daraus ließe sich ableiten, dass säkularistische Positionen, die Positionen für Verwestlichung und für freie Marktwirtschaft zu einer positiven und konfessionelle Positionen, die Positionen für Traditionalismus sowie für Staatsinterventionismus zu einer kritischen Betrachtung des EU-Beitritts führen sollten. Wie sich die Parteienstandpunkte bezüglich der Europäischen Union auf der *cleavage*-Struktur einordnen lassen, wird im Folgenden in Tabellen (Tabelle 12-20) mit den Beispielaussagen zusammengefasst.